Nr. 159. Halle (Saale), Mittwoch, den 10. Juli 1918. 29. Jahrg.

Bezugspreis: Monatl. 1.— Mk. frei Haus, bei Postbezug ab Postamt monatlich 1.— Mk., vierteljährl. 3.— Mk. Für Zustellung durch Postbote monatlich 14 Pfg., vierteljährl. 42 Pfg. Botengebühr extra. Für Kriegsfamilien 50 Pfg. Bezugspreis monatlich.
Erscheinungsweise: Jeden Werktag, nachmittags.
Verlag u. Buchhandlung: Halle (Saale), Hartz 42-44. Geöffnet von 7½ morgens bis 5 Uhr nachmittags. Fernsprechanschluß Nr. 1047. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 16166.

# Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Anzeigenpreis: Die sechsgespalt. 36 mm breite Kolonelzeile kostet 20 Pfg. für außerhalb des Verbreitungsbez. 25 Pfg. Anzeig. unter Text: für die 92 mm breite Reklamezeile 75 Pfg. Anzeigen für die nächste Ausgabe bis morgens 9 Uhr, größ. am Tage vorher erbet.
Schriftleitung: Halle (Saale), Hartz 42-44. Fernsprechanschluß Nr 1045. Sprechstunde: werktags von 12 bis 1 Uhr mittags. Geschäftliche Anfragen, Bestellungen und Mitteilungen richte man nur an den Verlag bzw. die Nr. 1047.

## Französische Angriffe bei Noyon und an der Aisne.

Großes Hauptquartier, 10. Juli 1918. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Im Lemmelgebiet, an der Lys und Somme lebte die Gefechtstätigkeit in den Abendstunden auf. Nächtliche Erkundungsvorstöße des Feindes.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. Der Franzose setzte seine heftigen Teilangriffe fort. Südwestlich von Noyon und südlich der Aisne stieß er mehrfach mit starken Kräften vor und setzte sich in den Gehöften Porte und des Loges westlich von Autheuil sowie in alten französischen Gräben nördlich von Longpont fest. In den anschließenden Abschnitten wurde er durch Feuer abgewiesen. Bei örtlichem erfolgreichem Vorstoß westlich von Chateau-Thierry machten wir Gefangene. Rege Erkundungstätigkeit des Feindes beiderseits von Reims.

Heeresgruppe Herzog Albrecht. Im Sundgau brachten Stoßtrupps aus französischen Gräben nördlich von Largitzen Gefangene zurück.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

*

Versenkungen im Mittelmeer. Berlin, 9. Juli. (Amtlich.) Von unseren U-Booten wurden im Mittelmeere versenkt: fünf Dampfer und ein Segler von rund 15 000 Br.-R.-T. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Deutsche Bomben auf ein holländisches Schiff. Amsterdam, 8. Juli. Algemeen Handelsblad meldet, daß das holländische Fischerfahrzeug K. O. 38 heute früh 10 Meilen von Scheveningen von vier deutschen Flugzeugen, die Bomben auf das Schiff abwarfen, angegriffen wurde. Die Besatzung verließ das Schiff. Nachdem die Flugzeuge verschwunden waren, ging die Besatzung wieder an Bord, worauf das Schiff, ohne Schaden erlitten zu haben, in den Nieuwe Waterweg einfuhr.

Die Untersuchung der Hospitalschiffe. London, 8. Juli. Im Unterhause sagte der Finanzsekretär der Admiralität Max Kamara auf eine Anfrage: Das den Kriegführenden durch die Haager Konvention verliehene Recht, Hospitalschiffe zu untersuchen, um sich davon zu überzeugen, daß sie den Bedingungen des internationalen Abkommens entsprechen, ist von deutschen Unterseebooten bei verschiedenen Gelegenheiten ausgeübt worden. In keinem Falle hat unser Land jemals das Haager Abkommen über Hospitalschiffe dem Buchstaben oder dem Geiste nach gebrochen, und dasselbe gilt von unseren Verbündeten.

Der österreichische Bericht. Wien, 9. Juli. Amtlich wird verlautbart: An der italienischen Front keine besonderen Ereignisse. In Albanien dauert der Druck der über die Vojusa vorbrechenden feindlichen Kräfte nachhaltig an. Südwestlich von Berat kam es zu Gefechten. Im Zusammenhang mit diesen Kampfhandlungen erzielten die Franzosen am oberen Devoli Raumgewinn. Der Chef des Generalstabes.

Französischer Heeresbericht vom 9. Juli, nachmittags: Zwischen Montdidier und der Oise führten die Franzosen heute morgen 3 Uhr 30 Min. eine örtliche Kampfhandlung aus. Westlich Antheuil drangen französische Truppen, von Angriffsflanks unterstützt, auf einer Front von vier Kilometer in die deutschen Linien und nahmen die Farm Perte und die Farm Des Loges und gewannen auf verschiedenen Punkten ungefähr 1800 Meter Boden. Ein deutscher Gegenangriff gegen die Farm Des Loges wurde von den Franzosen zurückgeworfen, die den eroberten Boden hielten. Die Zahl der unverwundeten Gefangenen, soweit sie bis jetzt gezählt sind, erreicht 450, darunter 14 Offiziere. Südlich der Aisne wurde der Artilleriekampf während der Nacht im Abschnitt der Farm Thouvon lebhaft fortgesetzt. Die Franzosen machten auf diesem Punkt Fortschritte und nahmen 20 Mann gefangen, darunter einen Offizier. Beiderseitige Artillerietätigkeit westlich und nördlich von Chateau-Thierry und besonders auf Höhe 204. Patrouillen brachten in der Champagne aus dem Abschnitt Maronile an der Höhe Souffini Gefangene ein. Von dem übrigen Teil der Front ist nichts zu melden.

## Rußland.

Moskau, 8. Juli. (W. T. B.) Die Presse veröffentlicht einen Aufruf der Regierung, der wie folgt beginnt:

„Gestern hat die allrussische Versammlung der Sowjets mit erheblicher Stimmenmehrheit die äußere und die innere Politik des Sowjets der Volkskommissare gebilligt. Die sogenannten Linken Sozialrevolutionäre, welche in den letzten Wochen geschlossen in das Lager der Rechten Sozialrevolutionäre übergegangen waren, hatten beschlossen, die Allrussische Versammlung aufzulösen. Sie versuchten, die Ratsrepublik entgegen dem Willen der überwiegenden Mehrheit der Arbeiter und Bauern in einen Krieg hineinzutreiben. In Verfolg dieses Ziels wurde gestern 3 Uhr nachmittags der deutsche Gesandte von einem Mitgliede der Partei der Linken Sozialrevolutionäre ermordet. Gleichzeitig versuchten die Linken Sozialrevolutionäre, den geplanten Aufstand zur Ausführung zu bringen."

Nach Darstellung der Umsturzbewegung schließt der Aufruf: „Es unterliegt keinem Zweifel, daß im Laufe der nächsten Stunden der Aufstand der Linken Sozialrevolutionäre, der Agenten der russischen Bourgeoisie und des englisch-französischen Imperialismus, unterdrückt sein wird. Welche weiteren Folgen dieses sinnlose und schmachvolle Abenteuer der Linken Sozialrevolutionäre für die internationale Lage der Räterepublik haben wird, kann augenblicklich unmöglich vorausgesagt werden. Aber wenn unser erschöpftes und verblutetes Land von neuem in einen Krieg gestürzt wird, so fällt die Schuld daran einzig und allein auf die Partei der Linken Sozialrevolutionäre, Umstürzler und Verräter. Mögen in diesem kritischen Augenblick alle Arbeiter und Bauern der Sachlage voll und ganz Rechnung tragen und sich wie ein Mann um die allrussische Versammlung der Räte der Arbeiter- und Bauerndeputierten scharen.

Kiew, 8. Juli. (W. T. B.) Der Leiter der Operations-Abteilung des Volks-Kommissariats für das Militärwesen, Veralow, meldet: Die Linken Sozialrevolutionäre, welche sich betrügerischerweise auf einige Stunden eines kleinen Teiles der Stadt Moskau und des Telegraphen-Amtes bemächtigt haben, setzten provokatorische Gerüchte in Umlauf, nach welchen die Ratsgewalt angeblich mit Hilfe der Moskauer Garnison, die sich ihnen angeschlossen haben sollte, gestürzt sei. Ich gebe hiermit bekannt, daß der durch ein Häuflein wahnsinniger Frevler entfachte Aufruhr bereits ohne große Schwierigkeiten durch die Moskauer Garnison, welche der Sache der Arbeiter und Bauern-Regierung treu blieb, unterdrückt ist. Die Aufrühler sind verhaftet. In der Stadt ist die Ordnung wiederhergestellt.

*

Die allrussische Versammlung der Sowjets ist am 5. Juli eröffnet worden. Anwesend waren über 800 Abgeordnete, davon 450 Bolschewiki, 300 Linke Sozialrevolutionäre. Trotzki hat die Sitzung mit einer Rede über die Notwendigkeit einer großen und starken Roten Armee eröffnet und betont, daß man im Zeichen der allgemeinen Wehrpflicht stehe.

Russische Kriegsnotizen. Moskau, 7. Juli. (W. T. B.) Die Presse meldet: In Petersburg ist die Kriegszensur eingeführt worden.

In Dagestan bei Kirbamir wird zwischen den Rätetruppen und Armeniern einerseits und Tataren andererseits heftig gekämpft. Die Rätetruppen geben siegreich vor.

In Simbirsk erfolgten Massenverhaftungen von Gegenrevolutionären, hauptsächlich Offizieren und Studenten.

Auf der Station Simonow der Moskau-Kasaner Bahn sind durch einen großen Brand Lebensmittel, Baumwolle und Petroleum im Werte von über 10 Millionen Rubel vernichtet worden.

Die französische Vertretung in Wologda soll Tschitscherin mitgeteilt haben, daß die auf dem Jaroslawer Bahnhof in Moskau als Gegenrevolutionäre verhafteten Tschechen und Polen für die französische Armee bestimmt gewesen seien.

Bei Sisran wurden die Tschecho-Slowaken 50 Kilometer zurückgeworfen, ebenso auf der Front Pensa—Sysran auf 20 Kilometer.

## „Schluß in Ehren."

Berlin, 9. Juli. (W. T. B.) Wie zuverlässig verlautet, hat der Kaiser das Abschiedsgesuch des Staatssekretärs Dr. v. Kühlmann angenommen. Als sein Nachfolger wird der bisherige Gesandte in Christiania v. Hintze genannt. Eine endgültige Entscheidung ist noch nicht getroffen.

Die Entlassung Kühlmanns kann das Vertrauen der Fraktion zur Regierung wahrhaftig nicht stärken, sie ist nur geeignet, das längst vorhandene Mißtrauen aufs äußerste zu verschärfen. Ob die Abstimmung über die Kriegskredite zum Anlaß genommen wird, dieses Mißtrauen nochmals in Form einer Ablehnung der Kredite auszusprechen, hängt von der grundsätzlichen Bedeutung ab, die man dieser Abstimmung beimißt. Sieht man in ihr weiter nichts als das Bekenntnis zur Landesverteidigung, so bleibt dieses Bekenntnis natürlich unberührt von dem Urteil über die Politik der Regierung, die Kredite werden auch dann bewilligt werden müssen, wenn man zur Regierung im allerschärfsten Gegensatz steht, würde man freilich die Bewilligung der Kredite, was man keineswegs unbedingt muß, als eine Art Vertrauensvotum für die Regierung auffassen, dann wäre eine Zustimmung zu den Krediten für die sozialdemokratische Fraktion nicht möglich" (Stampfer-Korrespondenz, regierungssozialistisch.)

Den Schluß des Krieges forderte vor einigen Tagen Herr Scheidemann im Reichstage. Selbstverständlich einen „Schluß in Ehren". Diese Forderung sprach er aus in einer Rede, in der er den Staatssekretär v. Kühlmann wegen seiner Rede vom 24. Juni zu decken suchte. Daß er das unter gleichzeitigem Vorstoß gegen die oberste Heeresleitung tat und die Ablehnung des Etats — wenn auch beileibe nicht der Kriegskredite — durch seine Partei ankündigte, weil man ihn einer Regierung, „die nach vier Kriegsjahren noch immer nicht über den Belagerungszustand hinwegkommt", nicht bewilligen könne, ließ seine Rede in den Augen der „alldeutsch-militärisch-vaterlandsparteilichen" Parteirichtungen als sehr willkommenen Anlaß zu neuerlichen Vorstößen gegen v. Kühlmann und die Mehrheit vom 19. Juli erscheinen. Dann begann es so auszusehen, als ob Graf Hertling den Sturm beschwören und den Staatssekretär halten werde. Nachdem er ziemlich eine Woche im Hauptquartier sich befand, folgte ihm am 6. Juli dorthin Herr v. Kühlmann. „Wo ist der Mann im Bürgerrock, der unerschrocken den Herren im Großen Hauptquartier sagt, daß sie in einer Selbsttäuschung (!) sind, wenn sie glauben, der Welt einen Frieden aufzwingen zu können?" frug Scheidemann. Sollte Herr v. Kühlmann der „Mann im Bürgerrock" werden, der „unerschrocken" die Worte sprach? Es genügt, daran zu erinnern, welche Rolle der Staatssekretär in Litauisch Brest und kürzlich im Reichstag spielte, als er sich selbst desavouierte, um auf die richtige Antwort hinzulenken. Und wenn Scheidemann damit recht hätte, daß in Wahrheit alle deutschen Diplomaten auf dem Boden der von Kühlmann am 24. Juni vorgetragenen Anschauungen stehen, dann müßte hinzugefügt werden, daß unter ihnen allen der ersehnte „Mann im Bürgerrock" nicht zu finden ist. Bleibt nur die Möglichkeit, daß Scheidemann selbst, wenn er wieder mal mit den von ihm erwähnten hohen Herren zusammentrifft, unerschrocken, wie er immer ist, die Worte spricht, denen er eine so große Bedeutung beimißt.

Inzwischen ist der Scheidemann-Donner dadurch erledigt, daß der Staatssekretär v. Kühlmann um seine Entlassung eingekommen ist und sie genehmigt bekommen hat. Erledigt ist damit auch das Gerede des Vorwärts: „Kühlmannkrisis ist Kanzlerkrisis." Graf v. Hertling bleibt nämlich und hat verkünden lassen, daß an der Reichspolitik nichts geändert werde. Woraus sich abermals ergibt, daß es nicht der Reichspolitik entsprach, was v. Kühlmann am 24. Juni sprach. Wiebe also das Unsichere und Unbekannte dieser Reichspolitik, wenn sie nicht ganz klar als das erwiesen werden könnte, was man im Hauptquartier will. Man erinnere sich nur, wie der Reichskanzler den Staatssekretär wegen seiner Rede, die einen Frieden durch militärische Entscheidung ins Gebiet des Aussichtslosen versetzte, vor aller Welt abschüttelte. Und nehme hinzu, was der Vizekanzler vor ein paar Tagen Herrn Scheidemann in einer Tonart erwiderte, die diesem auf die Nerven fiel. Von anderen deutlichen Kennzeichen der Reichspolitik nicht zu reden.

Wie wenig ernst übrigens Scheidemanns Reden zu nehmen sind, erhellt auch daraus, daß am vergangenen Sonnabend Scheidemann selbst die Regierung hinter den Kulissen dahin beruhigt hat, daß die Abhängigen es nicht so schlimm meinen, wenn sie gelegentlich Drohungen aussprechen. Auf Grund dieser Beruhigung kam es zu einer neuen Schweigung des anscheinend bedenkliche Bruchstellen zeigenden Verhältnisses zwischen Regierung und Resolutionsmehrheit.

Was aber nun, nachdem v. Kühlmann aufgehört hat, Staatssekretär zu sein? Was wird aus dem eben wieder zusammengeflickten Verhältnis, wenn an Stelle des Staatssekretärs, der wenigstens scheinbar auf dem Boden der Resolution vom 19. Juli stand (wenn auch als schwankende Gestalt!), ein Mann wie der frühere Kontreadmiral und gegenwärtige Gesandte in Christiania Paul v. Hintze tritt? Ein Mann, der politisch hinreichend dadurch gekennzeichnet ist, daß ihn die Alldeutschen schon früher für den Posten im Auswärtigen Amt empfohlen haben, als Zimmermann ihn verlassen mußte. Wird v. Hertling auch dann bleiben? Ganz gewiß. Und die Payer, Schiffer usw. auch? Nichts wahrscheinlicher als das. Aber wird die abhängige Sozialdemokratie dann die Kriegskredite noch bewilligen?

Zunächst tun die Abhängigen so, als ob sie mit fürchterlicher Strenge prüfen wollen, was ist und wirklich schon im Begriff stehen, eventuell die Kriegskredite abzulehnen. Und die Mehrheitsparteien kamen ihnen wegen dieser Prüfung am Dienstag entgegen, wie auch die Unabhängigen den Scheidemännern eine Pause zur Besinnung nie verweigern werden. Kurz: die Kreditvorlage ist dem Hauptausschuß des Reichstags überwiesen, damit dort mit der Regierung über das, was ist, gesprochen werden kann. Wütend fährt die Deutsche Tageszeitung gegen die Regierung los, weil sie sich dazu hat bereit finden lassen, „Kriegsziele und Kriegskredite in Verbindung miteinander diskutieren zu lassen". In Wahrheit handelt es sich bei den Abhängigen um eine neue Täuschung der Massen. Denn wie sie nun einmal beschaffen sind, besteht nicht der geringste Zweifel daran, daß sie auch die jetzt angeforderten Kriegskredite bewilligen werden. Täten sie es nicht, dann hätten sie ihrer Politik den schwankenden Boden entzogen, auf dem sie basiert. Sie werden sich hüten, das zu tun, weil es politischer Selbstmord wäre. Ihrer Politik wird kein „Schluß in Ehren" beschert sein, sowenig er einem so schwankenden Politiker wie von Kühlmann beschert sein konnte.

Für die Unabhängige Sozialdemokratie bringt die Entlassung v. Kühlmanns keine Ueberraschung. War es doch Haase, der sie an demselben Tage voraussagte, an dem v. Kühlmann vor den Konservativen — obendrein mit allerhand unschönen Verrenkungen — seinen Kotau machte. Wie richtig die Unabhängigen die politische Situation einschätzten, und wie sehr die Abhängigen auf dem Holzwege waren, als sie glaubten, schon über Haases Voraussage spotten zu können, ist jetzt aufs Unzweideutigste bewiesen. Mögen diejenigen daraus lernen, die bisher den Lockungen der Abhängigen zu folgen für gut fanden. Jetzt ist es Zeit, mit der Gefolgschaft Schluß zu machen. Und das wäre wirklich ein „Schluß in Ehren".

*

### Pressestimmen zum Wechsel des Außenministers.

Berlin, 9. Juli. (W. T. B.) Ueber die Stellungnahme der Parteien zum Rücktritt des Staatssekretärs v. Kühlmann berichtet der Lok. Anz., daß sich die Lage im Reichstag gestern abend so weit geklärt habe, daß in Verbindung mit dem Rücktritt und der erwarteten Ernennung des Herrn v. Hintze an seiner Stelle von einer Krisekaum gesprochen werden kann. Man erwartet lediglich, daß die Reichsleitung jetzt, da ein neuer Mann, über dessen Grundsätze man genau unterrichtet sei, in sein Amt tritt, dem Parlament eine nochmalige Darlegung ihrer Auffassung von Kriegs- und Friedensfragen geben werde. Der Hauptausschuß werde heute vormittag eine ganze Reihe von Fragen, darunter auch militärische, erörtern. Es gilt nicht für wahrscheinlich, daß schon in dieser Sitzung die vorliegenden Fragen zur Sprache kommen, zu denen der Herr v. Payer das Wort ergriffen hatte. Die Minderheitsparteien wünschen jedoch, daß der Kanzler, der noch im Großen Hauptquartier sei, sich selbst zur Sache äußere. Es verlautete gestern, wenn auch nicht offiziell bestimmt, daß Graf Hertling am Freitag im Hauptausschuß das Wort ergreifen werde.

Das Berliner Tageblatt schreibt: Der Triumph derjenigen, die Herrn v. Kühlmann beseitigten oder zu seiner Beseitigung drängten, ist um so unzweideutiger, da es schon feststehen scheint, daß der Gesandte v. Hintze sein Nachfolger werden wird. Herr v. Hintze, der ehemalige Admiral,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191807 10-14/fragment/page=0001

der dann in die Diplomatie ging. Gesandter in Mexiko und zuletzt in Christiania wurde, ist ja ein sehr geschickter, auf den Wasser und dem Lande gleich sprachsamer Mann. Die Alldeutschen und ihre Sozietäre hatten ihn etwas zu Neutisch zu ihrem Kandidaten erwählt. Vorläufig sieht man nur, wie er gekommen ist.

Die Deutsche Tageszeitung bemerkt: Ueber den nunmehr endlich erfolgten Rücktritt des Herrn v. Kühlmann brauchen wir kaum etwas Besonderes zu sagen. Seine Unfähigkeit ist uns nicht zweifelhaft gewesen, als er sein Amt antrat, und eine bedauerlich lange Reihe von Mißerfolgen hat dieses Urteil leider bestätigt.

Die Nordd. Allgem. Ztg. schreibt: Es wäre unrichtig, wenn man behaupten wollte, Herr v. Kühlmann habe seinen Abschied genommen, weil seine Politik Schiffbruch gelitten habe. Er hat sie geführt in dem wohlverstandenen Interesse des Reiches und in der Absicht, unserem Vaterland einen baldigen ehrenvollen Frieden zu sichern. Dieses Ziel bleibt die nächste Aufgabe der deutschen Politik, und selbst wenn sie sich in Einzelheiten von der Politik des Herrn v. Kühlmann unterscheiden sollte, so wird sie nicht patriotischer oder besser genannt werden können.

Die Germania meint: Das ist klar, daß das Ausschlaggebende für die auswärtige Politik das Verbleiben des gegenwärtigen Reichskanzlers ist, und niemand wird dem Grafen Hertling unterstellen wollen, daß er jetzt eine andere, entgegengesetzte Richtung einschlagen wird.

Der Vorwärts führt aus: Ein Reichskanzler, der gegenüber dem alldeutschen Geschrei noch selbständiger Ueberlegenheit fähig ist, muß sich sagen, daß die Entlassung v. Kühlmanns unter der gegenwärtigen Umständen nach außen und innen geradezu verwirrend wirken muß.

# Politische Uebersicht.

## Arbeitskammerausschuß und Regierung.

Der Arbeitskammergesetz-Ausschuß erledigte in seiner Montag-Sitzung die noch ausstehenden grundsätzlichen Fragen. In Konsequenz früherer Beschlüsse, nach welchen für Seeleute und für Landarbeiter die Bildung besonderer Kammern im Gesetz festgelegt werden soll, beschloß der Ausschuß dies auch für die dem Verkehr dienenden Staatsbetriebe. Die Wahlen sollen, entgegen den Bestimmungen der Regierungsvorlage auch für die Eisenbahner direkt und die Wahl von Organisationsvertretern, die nicht im Betriebe arbeiten, zulässig sein. Zu den Beratungen der allgemeinen Kammern über gemeinsame wirtschaftliche und soziale Fragen werden Vertreter der Arbeiter und Unternehmer aller besonderen Kammern zugezogen. Ein Kommissar des preußischen Eisenbahnministeriums gab sodann die Erklärung ab, daß das Finanzministerium für die Eisenbahner bei allen Fragen des Arbeitsverhältnisses angerufen werden könne. Der Ausschuß stimmt dem Vorschlag Trimborns (Ztr.) zu, in Preußen für jede Provinz eine Kammer mit dem Recht zur Bildung von Unterabteilungen zu errichten, welch letztere sich mit den Handelskammerbezirken decken sollen. Zur Umarbeitung der Regierungsvorlage auf Grund der gefaßten Beschlüsse wird ein Unterausschuß von zehn Mitgliedern bestimmt, der bis zum Wiederzusammentritt des Reichstags nach den Ferien seine Arbeit erledigen und dem Gesamtausschuß Bericht erstatten soll.

Staatssekretär v. Stein erklärte darauf, er wünsche dem Unterausschuß für seine Arbeit ein gutes Ergebnis, scheue sich aber nicht, mit allem Nachdruck auszusprechen, daß diese Arbeit vergeblich sein werde, wenn die Beschlüsse des Ausschusses über Gliederung der Kammern und über die Ausdehnung des Personenkreises bestehen bleiben. Für die Regierung sei die sächsische Kammer die Grundlage, die territoriale komme nur für den in der Vorlage vorgesehenen, durch sächsische Kammern nicht erfaßten Personenkreis in Betracht.

Eine Besprechung dieses erneuten Unannehmbar der Regierung fand nicht statt. Der Ausschuß hat seine Arbeit unter Beachtung der Beschlüsse zu leisten.

## Abgeführt.

An die Große Glocke der Herren Haenisch und Parvus gehängt worden war kürzlich der Artikel eines sozialdemokratischen Leutnants, der beweisen wollte, daß die Neuorientierung sich auch im Heere bemerkbar mache, indem auch der Sozialdemokrat ungeachtet seiner politischen Auffassung avancieren könne. Herr Anton Fischer — so heißt dieser berühmte sozialdemokratische Offizier — muß sich nun aus den Kreisen der sozialdemokratischen Soldaten lebhaften Widerspruch gefallen lassen. Denn die Glocke berichtet in ihrer Nr. 13:

„Der Sozialdemokrat als Soldat. Auf den in Nummer 8 unter dieser Ueberschrift gebrachten Artikel Anton Fischers sind uns eine Reihe von Zuschriften aus Soldatenkreisen zugegangen, zu deren Abdruck wir unter den gegebenen Umständen zu unserem Bedauern nicht in der Lage sind. Wir wollen aber ausdrücklich feststellen, daß die Erfahrungen, über die diese sozialistischen Soldaten berichten, wesentlich anderer Art sind als die, die jener sozialistische Offizier hier wiedergab. Es scheint also, als hätten die Beobachtungen, die er gemacht hat, leider keineswegs allgemeine Gültigkeit."

So geht's, wenn ein sozialdemokratischer Offizier unter die Presse-Schriftsteller geht. Dann muß er sich schon Widerspruch gefallen lassen, selbst von Soldaten, woran er sonst nicht gewöhnt ist. Mit Fischers Reklame für die Neuorientierung aber war's jedenfalls nichts, das sieht sogar Herr Haenisch, der Erzeuger des bekannten Synthesenmenschen, ein. Und das will schon etwas heißen.

## Kriegsabkürzung durch den Völkerbund.

Rotterdam, 9. Juli. (Privattelegramm.) Daily News schreibt in einem Leitartikel: Wenn wir noch an der Lehre von dem Vernichtungsplan festhalten, so würden uns noch endlose Kämpfe bevorstehen. Deshalb begrüßen wir mit um so mehr Zuversicht die nachdrücklichen Worte des Premierministers vom Freitag, in denen er erklärte, daß der deutsche Kaiser morgen Frieden haben könne, wenn er nur Wilsons Formel annehmen wollte. Es ist nicht anzunehmen, daß der Kaiser auf dieses Anerbieten eingehen wird, denn Wilson hat eine Skizze von einer Welt entworfen, in der wenig Raum für Kaiser nach dem heutigen Muster sein wird. Wenn es aber den Staatsmännern der Alliierten gelingt, dem deutschen Volke deutlich zu machen, daß Deutschlands Bestehen als organisierter Staat in den Händen des Völkerbundes ebenso verwirklicht sein wird, wie das Bestehen Großbritanniens und Amerikas, könnte der Krieg um Monate, wenn nicht um Jahre verkürzt werden.

## Das spanische Spionagegesetz.

Bern, 9. Juli. Die Journal aus Madrid erfährt, jetzt das Spionagegesetz fest, daß, wer auf spanischem Gebiet einer ausländischen Macht Nachrichten bezüglich der Neutralität Spaniens oder solche eine andere ausländische Macht betreffend mitteilt hat, deren Mitteilung erleichtert, mit Gefängnis und Buße von 500 bis 20 000 Pesetas bestraft wird. Es ist der spanischen Regierung gestattet, die Veröffentlichung, Verbreitung und Uebermittlung aller Nachrichten, die gegen die Neutralität Spaniens oder gegen seine Sicherheit verstoßen, zu unterdrücken. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis und Buße von 500 bis 100 000 Pesetas geahndet. Wer anläßlich ausländischer Ereignisse in Spanien Nachrichten verbreitet, die Beunruhigung oder Erregung hervorrufen können, unterliegt gleichfalls obigen Strafen. Wer durch mündliche geschriebene oder gedruckte Publizität irgendwelcher Art, durch Photographien oder sonstige bildmäßige Wiedergabe ausländische Staatsoberhäupter, Völker, Regierungen, Armeen oder diplomatische Vertreter beleidigt und der Lächerlichkeit oder Verachtung preiszugeben sucht, wird mit Gefängnis und Geldbuße von 500 bis 20 000 Pesetas bestraft.

Dato erklärte, man sollte sich wegen des Gesetzes nicht aufregen. Es richte sich nicht gegen die vernünftige Presse, sondern nur gegen diejenigen, die sich zu Beschimpfungen hinreißen ließen und dadurch eine neutralitätswidrige Kampagne betrieben. Das Gesetz bezwecke, jede fremde Beeinflussung in der inneren Politik zu beseitigen.

Madrid, 9. Juli. (Reuter.) Der Ministerrat beschloß als erste Maßregel unter dem Spionagegesetz, die Veröffentlichung aller Nachrichten über die Bewegungen von Handelsschiffen zu verbieten.

Protest der Linksparteien. London, 9. Juli. Reuter meldet aus Madrid: Die Reformisten, Republikaner und Sozialisten veröffentlichen einen Protest gegen das Spionagegesetz. Sie weigern sich, wegen des „unkonstitutionellen" Vorgehens der Regierung in das Parlament zurückzukehren. Sie werden mit allen Mitteln gegen das Gesetz protestieren, das die Nationen, „die für Zivilisation und Gerechtigkeit kämpfen", schädigt.

## Polnischer Gesandter in Moskau abgelehnt.

Aus Kreisen der Moskauer Regierung wird folgender Vorfall bekanntgegeben:

In der Absicht vom Regentschaftsrat des Königreich Polen bei der Sowjet-Regierung beglaubigt zu werden, ist Lednicki in Moskau angekommen. Sein Beglaubigungsschreiben gab ihm verschiedene Aufträge, darunter Schutz der Rechte der polnischen Bürger in Rußland, Rückkehr der Auswanderer nach Polen und Fragen, die polnisches Kapital und privates wie staatliches polnisches Eigentum betreffen. Andererseits hat der deutsche Botschafter Graf Mirbach sich an das Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten gewandt und um den Empfang Lednickis ersucht. Dies sei ein besonderer Wunsch der deutschen Regierung, da zahlreiche Fragen der polnischen Rückwanderung unentschieden seien.

Infolgedessen hat der Volkskommissar für äußere Angelegenheiten Tschitscherin Lednickis mitteilen lassen, daß das Volkskommissariat, treu dem Brester Vertrag, durch den Polen von Rußland getrennt wird, doch vollständige Kenntnis davon habe, daß der Brester Vertrag den polnischen Volksmassen nicht das Recht gibt, frei über sich selbst zu bestimmen. Gezwungen in die Abtrennung Polens zu willigen, kann die Sowjet-Regierung die Eigenschaft des Regentschaftsrates, den Willen des polnischen Volkes zu vertreten, nicht anerkennen. Gerade weil die Sowjet-Regierung meint, daß das polnische Volk das Recht hat, frei über sein Schicksal zu bestimmen, kann sie den Regentschaftsrat für nichts anderes als ein Organ der deutschen Regierung ansehen. Andererseits würde die Sowjet-Regierung, die wohl weiß, daß Verkehrs- und andere Fragen auf polnischem und litauischem Gebiet den deutschen Behörden unterstehen, vorziehen, über diese Gegenstände direkt mit den deutschen Behörden zu verhandeln, um zu vermeiden, daß gerade die Beschlüsse, die gemeinsam mit Lednicki gefaßt werden, von den deutschen Behörden geändert werden.

Unter diesen Umständen will das Volkskommissariat den deutschen Behörden die Wahl von Personen und Organen überlassen, die beauftragt sind, mit ihm zu unterhandeln, und falls die deutsche Regierung Lednicki ausersehen hat, über die Rückwanderung der polnischen Flüchtlinge zu verhandeln, erklärt sich das Volkskommissariat willens, mit Lednicki in Verbindung zu treten, indem es noch einmal betont, daß das Ziel seines Auftrages ist, die Rückwanderung zu regeln, über die Graf Mirbach in seinem Ersuchen ausdrücklich spricht.

## Kleine politische Nachrichten.

Der neue englische Verpflegungsminister. London, den 9 Juli. (Reuter.) Das Mitglied der Arbeiterpartei Clynes, bisher Parlamentssekretär des Lebensmittel-Ministeriums, wurde als Nachfolger von Lord Rhondda zum Lebensmittelkontrolleur ernannt.

Landesverratsprozeß in Italien. Rom, 8. Juli. (Agenzia Stefani.) Heute vormittag begann vor dem Militärgerichtshof die Verhandlung gegen den Kavalleriesoldaten Giorgio Carpi und die Matrosen Achille Moschini, Guglielmo Martolini und Mario Azzoni, die des Einverständnisses mit dem Feinde und des Verrats beschuldigt sind. Sie sollen am 27. September 1915 das Panzerschiff Benedetto Brin in die Luft gesprengt haben, indem sie eine Höllenmaschine aufstellten.

Verhandlungen mit Branting. Paris, 8. Juli. Die Mehrheits-Sozialisten versammelten sich Montag vormittag im Palais Bourbon, um Branting zu begrüßen. Es entspann sich eine lange Aussprache über die internationale Lage, besonders über die Haltung der deutschen Sozialisten während des Krieges.

# Milliarden-Steuermacherei.

## Deutscher Reichstag.

187. Sitzung. Dienstag, den 9. Juli, vorm. 11 Uhr.

Am Bundesratstische: v. Payer, Graf Rödern.

### Kleine Anfragen.

Abg. Dr. Arendt (D. Frakt.) erhebt Einspruch gegen die Erlasse einiger Generalkommandos, wonach Mietkündigungen und Mietsteigerungen verboten sein sollen.

General v. Wrisberg: Die betreffenden Verordnungen sind auf Antrag und im Einvernehmen mit den Zivilbehörden getroffen worden, um zu verhindern, daß die Wohnungsnot eine schwere Beunruhigung der Bevölkerung hervorruft. Diese Verordnungen sind nur eine Ergänzung der bereits bestehenden Bundesratsverordnungen.

Abg. v. Brockhausen (Kons.) verlangt Schuhzeug für die Land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter.

Ministerialdirektor Müller sagt möglichste Berücksichtigung dieses Wunsches zu.

Abg. Heckscher (Volksp.) fordert Erhöhung der täglichen Verpflegungsgelder für Urlauber, die jetzt nur 2 Mk. in der Heimat erhalten.

Generalleutnant v. Oven: Ueber eine Erhöhung der Verpflegungsgelder sind Erwägungen im Gange. Die Erhebungen sind bereits abgeschlossen. Eine Entscheidung ist in nächster Zeit zu erwarten.

Abg. Dr. Stubmann (Natl.) fordert den Reichskanzler auf, in bundesfreundlichem Sinne darauf hinzuwirken, daß die Ordnung der Thronfolgefrage in Mecklenburg-Streliz in Uebereinstimmung mit dem modernen Rechtsempfinden und nicht lediglich nach dynastischen Gesichtspunkten erfolgt, und daß trotz der Tatsache, daß dem Lande immer noch eine dem Geist der Reichsverfassung entsprechende konstitutionelle Verfassung und Volksvertretung fehlt, die Neuordnung nur unter eingehender Feststellung und voller Berücksichtigung der Wünsche der Bevölkerung des Landes vorgenommen wird.

Unterstaatssekretär Dr. Lewald: Die Thronfolgefrage ist ein Teil des Landesverfassungsrechts. Die Zweifel an der Gültigkeit der Regentschaft des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin entbehren jeder Begründung. Im übrigen sind die beiden großherzoglich mecklenburgischen Regierungen mit Ermittlungen beschäftigt, ob der als nächster Agnat geltende Herzog Karl Michael durch Verzicht seine Thronrechte verloren hat. Er hat als General im russischen Heer gegen Deutschland gekämpft. Die Folgerungen hieraus werden gegebenenfalls zu ziehen sein. (Beifall.)

Abg. Vogtherr (U. Soz.): Der kommandierende General des 2. Armeekorps v. Vietinghoff in Stettin fährt fort, die Wahlvereine der Unabhängigen Sozialdemokratie gegenüber anderen Parteien ausnahmerechtlich zu behandeln. In einer von dem unabhängigen sozialdemokratischen Wahlverein Randow-Greifenhagen für den 1. Mai nach Stettin berufenen Mitgliederversammlung ist dem Reichstagsabgeordneten Brandes — als „auswärtigem Redner" — zu sprechen verboten worden. Ebenso wurde dem Landtagsabgeordneten Ad. Hoffmann als „auswärtigem Redner" — und angeblich „aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung" verboten, in einer für den 17. Mai geplanten Mitgliederversammlung desselben Wahlvereins zu reden. Dagegen ist dem „auswärtigen Redner" Landtagsabgeordneten Dirsch am Tage zuvor gestattet worden, in einer Versammlung der sozialdemokratischen Partei in Stettin zu sprechen. Am Montag, den 17. Juni, hielt der Wahlverein Stettin der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei eine geschäftliche Mitgliederversammlung ab. Als der als Vereinsmitglied anwesende Reichstagsabgeordnete für Stettin — Vogtherr — eine aus der Mitte der Versammlung gestellte Anfrage zu beantworten versuchte, wurde er — als „auswärtiger Redner" — vom überwachenden Beamten am Weiterreden verhindert, zugleich wurde bei Nichtbefolgung des Verbots die Auflösung der Versammlung angedroht und schließlich auch ausgesprochen. Dagegen durften an demselben Tage in Stettin in einer „Kundgebung" der Deutschen Vaterlandspartei drei „auswärtige Redner", und zwar der Großadmiral v. Tirpitz (Berlin), der Schulrat Fischer Hormann (Bremen) und der Pfarrer Reichard (Saarbrücken) auftreten. Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, damit die Unabhängige Sozialdemokratische Partei fernerhin nicht geringeren Rechts teilhaftig wird als andere Parteien?

General von Wrisberg: Mitglieder-Versammlungen sind allen politischen Parteien ausnahmslos gestattet, auch das Auftreten auswärtiger Redner in denselben. Verboten ist nur das Auftreten solcher Redner, deren Reden beunruhigend wirken. (Lachen b. d. U. Soz.)

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Volksp.) weist darauf hin, daß nach Nachrichten aus dem Felde immer noch Buchenlaub als Tabak verteilt wird.

Generalleutnant v. Oven: Die Sendungen sind überall angehalten worden. Es ist aber möglich, daß noch Pakete zur Verteilung gekommen sind, ehe unser Erlaß durchgeführt wurde. Vorläufig wird nur noch reiner Tabak an die Truppen geliefert. (Beifall.)

### Der neue Kriegskredit.

Es folgt der Nachtragsetat, in dem 15 Milliarden als Kriegskredit angefordert werden.

Abg. Ebert (Soz.): Meine Freunde haben das dringende Bedürfnis, Fragen, die mit der vorliegenden in engem Zusammenhang stehen, im Ausschuß einer näheren Prüfung zu unterwerfen. Ich beantrage daher die Verweisung der Vorlage an den Hauptausschuß.

Gegen den Widerspruch des Abg. Westarp (Kons.) wird diesem Antrag entsprochen.

Es folgt die zweite Beratung des

### Biersteuergesetzes.

Abg. Käppler (Soz.): In der Erkenntnis, daß das Bier der beste Bundesgenosse im Kampfe gegen den Schnaps ist, hat der Reichstag in früheren Zeiten der Erhöhung der Biersteuer stets Widerstand geleistet. In den letzten Jahren hat sich das geändert und das Bier ist bereits mit 173 Millionen Mark belastet. Nun soll es weiter mit 339 Millionen Mark belastet werden, im ganzen also mit mehr als einer halben Milliarde. Die Regierung rechnet dabei mit einem Rückgang des Konsums von 25 Prozent. Vermutlich wird er viel höher sein, zumal das Bier jetzt kaum etwas Besseres ist als gefärbtes Wasser. Aber auch ein Rückgang von 25 Prozent würde den Ruin von zahlreichen Brauereien bedeuten; damit verbunden ist die Entlassung von Tausenden von Brauereiarbeitern und die Vernichtung von Tausenden von Gastwirten. Die Produzenten haben sich mit der Steuer abgefunden, weil sie hoffen, die Steuer auf die Konsumenten abzuwälzen. Wir können daher dieser Steuer nicht zustimmen. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. Zubeil (U. Soz.): Das Gastwirtsgewerbe ist durch den Krieg aufs äußerste geschädigt worden. Durch diese Steuer muß es aufs neue aufs schwerste belastet werden, besonders durch die vorgesehene Kontingentierung muß die Abhängigkeit der Gastwirte von den Brauereien noch verstärkt werden. Auch das Publikum wird durch diese Steuer aufs höchste belastet. Wir lehnen die Steuer daher ab. (Beifall b. d. U. Soz.)

Abg. Siehr (Volksp.) tritt für Aufrechterhaltung der Kontingentierung ein, die die Brauereien vor übermäßiger Konkurrenz schützen soll.

Staatssekretär Graf Rödern: Die Regierung betrachtet die Getränkesteuern als einen wesentlichen Teil der gesamten Finanzreform. Wenn an diese herangetreten werden wird, so sollen die jetzt von der Steuer erfaßten Objekte nicht von neuem besteuert werden.

Abg. Herzog (D. Frakt.) tritt für Streichung des Absatzes ein, wonach neue Brauereien, die von Gastwirten auf genossenschaftlicher Grundlage errichtet werden, von der Verdoppelung der Steuer befreit sein sollten.

Dieser Absatz wird mit den Stimmen der Rechten, des Zentrums und der Nationalliberalen gestrichen.

Abg. Fuchs (Soz.) begründet einen Antrag auf Beseitigung der Bierbesteuerung durch die Gemeinden.

Abg. Zubeil (U. Soz.) wendet sich ebenfalls gegen die Gemeindebiersteuer, die geradezu mittelalterlichen Zuständen entspricht.

Der Antrag wird abgelehnt. Das Gesetz wird angenommen bis auf § 3, der die Steuersätze enthält. Die Abstimmung über diesen Paragraphen wird ausgesetzt.

Es tritt eine Pause ein. Nach Wiederaufnahme der Sitzung um ½4 Uhr werden die Steuersätze (§ 3) in der Fassung der Kommission unter Ablehnung eines sozialdemokratischen Abänderungsantrages angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des

### Weinsteuergesetzes,

das Wein, Traubenmost und dem Wein ähnliche Getränke, wenn sie zum Verbrauch im Inland bestimmt sind, einer Steuer von 20 Prozent des steuerpflichtigen Wertes unterwirft.

Abg. Hoffmann-Kaiserslautern (Soz.): Die vorgeschlagene Steuer bedeutet die Vernichtung zahlreicher kleiner und mittlerer Existenzen. In Süd- und Mitteldeutschland ist der Wein Volksgetränk, bei Einführung einer solchen Steuer wird der hier vorgeschlagenen wird er aber auch dort nur noch Getränk der bestsituierten Klassen sein können. Hundert Millionen Mark soll die Weinsteuer bringen; dies Ziel würde mit einer Steuer von 10 Prozent bereits, nicht mit der doppelten zu erreichen sein. Die Einfuhr des Weines will man überhaupt verhindern; weil aber Einfuhrverbote in die Volkswirtschaft nicht hineinpassen, soll die hohe Steuer dies Ziel erreichen. Namentlich die Winzer werden die Folgen dieses Gesetzes zu tragen haben. In ihrem Interesse, aber auch in dem der Wirte und Konsumenten, lehnen wir die Steuer ab. (Beifall b. d. U. Soz.)

Abg. Kopsch (Vpt.): Trotz der schweren Wirkungen für die Winzer wird die Mehrheit meiner Freunde unter dem Drucke der finanziellen Not des Reiches für die 20prozentige

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180710-14/fragment/page=0002

steuerfreien stimmen. Doch soll der Bundesrat ermächtigt werden, nach Beendigung des Krieges für die billigen Weine die Steuer auf 15 Prozent herabzusetzen.

Abg. Dr. Haegh (Ell.): Im Interesse der kleinen Winzer, die durch die vorgeschlagene Steuer ihre Existenz verlieren müssen, lehnen wir die Steuer ab.

Schatzsekretär Graf Rödern erklärt, daß die Regierung mit der Bestimmung der Kommission, nach dem Kriege die Weinsteuer auf Verlangen des Reichstags herabzusetzen, einverstanden ist.

Abg. Zubeil (U. Soz.): Der von der Weinsteuer gewünschte Ertrag von 100 Millionen Mark würde bei 10 Prozent Steuer sich ergeben. Dieses die Winzer und Konsumenten schwer belastende Gesetz lehnen wir ab. (Beifall b. d. U. Soz.)

Abg. Feuerstein (Soz.) begründet einen Antrag, die Weine bis zum Werte von 4 Mk steuerfrei zu lassen.

Unter Ablehnung der gestellten Abänderungsanträge wird § 1 (die Steuer in Höhe von 20 Prozent) angenommen, desgleichen die nächsten Paragraphen. § 10 läßt den Wein zum Verbrauch im Verbrauch im eigenen Haushalt steuerfrei, soweit er nicht in verschlossenen Flaschen dem Verbrauche zugeführt wird.

Abg. Feuerstein (Soz.) bittet um eine Erklärung vom Regierungstisch, daß die Konsumvereine und ihre Mitglieder unter diese Bestimmung fallen.

Ministerialdirektor Meuschel gibt eine dahingehende Erklärung ab. § 48 setzt die Zollfähe bei Einführung von Wein fest.

Abg. Müller-Reichenbach (Soz.) bekämpft diese Sätze, die eine durchschnittliche Belastung von 135 Prozent, für die billigen Sorten eine Belastung von 200—300 Prozent darstellen. Die Annahme dieser Zollsätze würde geradezu einer Erklärung des Wirtschaftskrieges an Spanien gleichkommen. Ausländische Weine wurden nach Annahme des Gesetzes nur noch Kriegsgewinnler zu genießen in der Lage sein.

Das Gesetz wird mit unwesentlichen Aenderungen in der von der Kommission beschlossenen Fassung angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des

### Schaumweinsteuergesetzes.

Die Steuer für Schaumwein- und schaumweinähnliche Getränke soll 8 Mk. für die Flasche betragen, für Schaumwein aus Fruchtwein 0,60 Mk.. Das Gesetz wird nach unwesentlicher Debatte angenommen.

### Besteuerung der Mineralwässer.

Die Kommission hat die Steuer festgesetzt bei Mineralwässern auf 0,065 Mk., bei Limonaden auf 0,15 Mk., bei konzentrierten Fruchtlimonaden auf 1,50 Mk., bei Grundstoffen zur Herstellung von konzentrierten Fruchtlimonaden auf 80 Mk. für das Liter. Die Freiheit des Verbrauchs im eigenen Haushalt ist auf 4 Liter vorgesehen. Die Zölle auf Kaffee und Tee sind entsprechend den Vorschlägen der Regierung erhöht worden, die Zolle auf Kakao und Schokolade dagegen nicht. Das Gesetz soll am 1. August in Kraft treten.

Abg. Buck (Soz.): Nach dem Bier und Wein sollen nun auch die harmlosen Mineralwässer besteuert werden, die bei Ausflügen und im starken Maße in den Großbetrieben konsumiert werden, wo die Arbeiter bei schwerer Arbeit diese unschädliche Erfrischung brauchen. Gegen den Versuch, diese Getränke, die bisher steuerfrei waren, auch durch Steuern, und zwar sehr erheblich, zu verteuern, erheben wir nachdrücklichen Einspruch. Wir müssen diese Steuer ablehnen. — Daß die Kommission einsichtig genug war, die Zölle auf Schokolade und Kakao nicht zu erhöhen, freut uns, wir bedauern aber, daß sie bei Tee und Kaffee nicht ebenso einsichtig gewesen ist. Wir haben wahrlich genug von den Kaffeesurrogaten und sehnen uns nach einer Tasse wirklichen guten Kaffees und sollten seine Einfuhr nicht erschweren. Wir lehnen daher das Gesetz ab.

Abg. Dr. Neumann-Hofer (Vpt.) tritt ein für Herabsetzung der Steuer auf Limonaden und andere künstlich bereitete Getränke. Wenn man diese besteuert, darf man die natürlichen Fruchtsäfte nicht freilassen, oder man gibt ihren Produzenten eine Liebesgabe. Man sollte bei diesem Gesetz nicht eine neue agrarische Liebesgabe schaffen.

Abg. Zubeil (U. Soz.) bekämpft die vorgeschlagenen Steuern im Interesse der breiten Volksmassen. Eine solche Steuermacherei machen wir nicht mit. (Beifall b. d. U. Soz.)

§ 1 des Gesetzes wird angenommen.

Bei § 2 beginnt Abg. Dr. Neumann-Hofer (Vpt.) einen Antrag, die vorgesehenen Steuersätze zu ermäßigen, und zwar bei Mineralwasser auf 0,05 Mk., bei Limonaden auf 0,10 Mk., bei konzentrierten Kunstlimonaden auf 1 Mk., bei Grundstoffen zu ihrer Herstellung auf 20 Mk.

Dieser Antrag wird im Hammelsprung mit 142 gegen 118 Stimmen angenommen. Der Rest des Gesetzes in der Fassung der Kommission mit der Abänderung, daß es statt am 1. August mit dem Tage der Verkündung in Kraft tritt.

### Die Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren.

Abg. Taubadel (Soz.): Wir müssen gegen die geplante Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren schärfsten Einspruch erheben. Sie wird auch nicht den erhofften Ertrag liefern, wie bereits die letzte Erhöhung gezeigt hat. Der finanzielle Ertrag der Post wird nach dem Kriege, wenn die Portofreiheit der Feldpraxen aufhört, wieder besser werden. Schon längst hätte die Post sich eine neue Einnahmequelle erschließen können, wenn sie die Portofreiheit der Landesfürsten beseitigt hätte. Mindestens jetzt hatte ein Gesetz vorgelegt werden müssen, das mit dieser Portofreiheit, mit der so viel Mißbrauch getrieben wird, aufräumt. Die bloße Zusage, daß die Landesfürsten auf das Privilegs verzichten werden, genügt nicht. Nicht einmal die Portofreiheit im Orts- und Nachbarortsverkehr will die Mehrheit freilassen. Wir müssen ihr die Verantwortung für dieses unseren Handel und unser Wirtschaftsleben schwer schädigende Gesetz überlassen, wir lehnen es ab. (Bravo! b. d. Soz.)

## Abg. Vogtherr (Unabh. Soz.):

M. H., meine Partei hat unter 1756 der Drucksachen den Antrag gestellt, der bereits von uns im Jahre 1916 gestellt wurde, die

**vollständige Aufhebung der Portofreiheit der Fürsten**

herbeizuführen. Ich erinnere daran, daß im Jahre 1916 der Reichstag bereits einen Beschluß gefaßt hat, der die Aufhebung dieser Portofreiheit der Fürsten verlangt. Es wäre also die Pflicht und Schuldigkeit der Reichsregierung gewesen, mindestens bei diesem Gesetze dem damaligen Verlangen des Reichstags unter allen Umständen nachzukommen. (Sehr wahr! b. d. U. Soz.) Diese Forderung des Reichstags vom Jahre 1916 hat sich nunmehr auch der Hauptausschuß zu eigen gemacht und hat als § 2a des Gesetzes einen Antrag angenommen, der in der Hauptsache unserem heutigen Antrag entspricht. Erst in zweiter Lesung sind die betreffenden

**Mehrheitsparteien umgefallen**

und haben sich durch das Zureden des Herrn Staatssekretärs bewegen lassen, den vorher angenommenen Antrag wieder fallen zu lassen. (Hört, hört! b. d. U. Soz.) Wie wurde das von dem Herrn Staatssekretär begründet? Es ist außerordentlich kennzeichnend, in welcher Weise es geschah. Der Herr Staatssekretär erklärte damals, daß eine anderweitige gesetzliche Regelung dieser Frage in Aussicht genommen sei. Dabei war es auf sehr energisches Drängen zu erlangen, wenigstens einige Einzelheiten der Pläne zu erfahren. Jedenfalls hat der Herr Staatssekretär ausdrücklich erklärt, daß es sich bei dem geplanten Gesetzentwurfe durchaus nur um eine Einschränkung der Portofreiheit, aber nicht um ihre Aufhebung handeln soll. (Hört, hört! b. d. U. Soz.) Die bloße Einschränkung dieser Portofreiheit geht dem Haupttitel überhaupt nicht an die Wurzel, sondern es handelt sich hierbei um ein Vorrecht, was keinerlei Berechtigung weder besitzen hat, noch erst recht heute auch nur im geringsten besitzt. (Sehr wahr! b. d. U. Soz.) Gerade jetzt während der Kriegszeit, wo ja die Gleichheit der Rechte nicht nur, aber die Gleichheit der Pflicht bei jeder Gelegenheit von allen Seiten und nicht am wenigsten von der Reichsregierung in den Vordergrund gestellt wird. In dem Zeitalter, wo jeder die allergrößten Opfer bringen soll, jeder die allergrößten Pflichten übernehmen soll, in der Zeit hat der Herr Staatssekretär mit dem Reichstag es zugelassen, daß er dieses unberechtigte Vorrecht der Fürsten auch jetzt noch weiter bestehen lassen soll. (Hört, hört! b. d. U. Soz.)

Meine Herren, was wird denn aus der geplanten Sondergesetzgebung in dieser Hinsicht werden. Wir wissen, wie auch die Herren der Regierung den Forderungen der Fürsten gegenüber stehen. Gibt es da steifnackige und geradlinige Personen, die den Mut hätten, selbst gegen den Willen der Fürsten ein Gesetz vorzuschlagen, was jetzt vollständig mit den alten Vorrechten aufräumte?

**Sie denken gar nicht daran,**

den Vorrechten der Fürsten zuleibe zu gehen. Infolgedessen wird das wieder eine Halbheit, ein Herumexperimentieren und es wird nicht im geringsten weder der Forderung des Reichstags Rechnung getragen, noch der Forderung der allereinfachsten Pflichten und Gerechtigkeit. Wenn alle Leute Pflichten haben, haben es die Landesfürsten erst recht. (Sehr wahr! b. d. U. Soz.) Sie sind von den Lasten des Krieges am allerwenigsten betroffen. Alles, was hier vom Reichstag für Opfer gefordert werden, fällt in der ganzen Schwere auf das Volk. Die Fürsten haben in jeder Hinsicht die Freiheit und Möglichkeit, sich den Lasten und Pflichten dieses Krieges zu entziehen, und sie tun es auch, wie gerade dieser Fall aufs neue beweist. (Sehr richtig! b. d. U. Soz.) Es handelt sich hier nicht um entferntesten etwa um berechtigte Interessen. Berechtigte Interessen der Geschäftswelt, des Volkes müssen in diesem Krieg ohne weiteres geopfert werden. Hier werden sich die Herren doch sperren und sträuben und große Verhandlungen mit den Landesvätern anfangen, um von ihnen etwas zu erbetteln, was sich bei den Herren von selbst verstehen müßte. (Sehr richtig! b. d. U. Soz.)

Nun meinte auch der Herr Staatssekretär, die Landesfürsten würden ja auch wohl mehr oder weniger freiwillig auf dieses Vorrecht verzichten. Hat man schon einmal einen Landesfürsten gesehen, der freiwillig auf irgend ein Vorrecht verzichtet hat? (Sehr richtig! b. d. U. Soz.) So was gibt es in der ganzen Welt nicht. (Unruhe.) Das wird auch der Herr Staatssekretär nicht fertig bringen, aus den deutschen Landesfürsten eine solche Ausnahme herauszusuchen. Die Herren sind sehr viel zäher und widerstandsfähiger in der Wahrnehmung und in dem Festhalten ihrer Vorrechte, als dies leider das Volk ist, das sich seine Rechte viel leichter beschneiden läßt, und da glaubt der Herr Staatssekretär uns einreden zu können, daß die Herren auf derartige Vorrechte freiwillig verzichten werden. Wir haben auch gar keinen gütlichen Verzicht der Landesfürsten zu verlangen, sondern es ist ihre verfluchte Pflicht und Schuldigkeit, sich

**einzurichten in die Verpflichtungen des ganzen Volkes,**

und sie haben nicht zu verzichten, sondern der Reichstag hat die Pflicht und Schuldigkeit, von ihnen das zu verlangen, was zu verlangen ist. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Deshalb bitte ich Sie, entsprechend dem Beschlusse vom Jahre 1906, den der Reichstag gefaßt hat, entsprechend dem Beschlusse, den der Hauptausschuß in der ersten Lesung des Gesetzes gefaßt hat, nämlich: „Die Portofreiheit der Fürsten, ihrer Gemahlinnen und Witwen wird aufgehoben, soweit sie nicht durch Staatserträge des norddeutschen Bundes mit den Königreichen Bayern und Württemberg für den inneren Verkehr dieser Bundesstaaten zugesichert“. Nach diesem Beschluß zu handeln und dem Antrage meiner Partei zuzustimmen. (Bravo! b. d. U. Soz.)

Unter Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags, die Beseitigung der Portofreiheit der Landesfürsten in das Gesetz aufzunehmen, wird das Gesetz angenommen.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Mittwoch 1 Uhr (Fortsetzung der Steuergesetze.)

Schluß 7½ Uhr.

## Allerlei.

**Frauenmord im Eisenbahnzug.** In einem von Essen kommenden Morgenzuge wurde in Bochum in einem Abteil zweiter Klasse eine den bemittelten Ständen angehörende Frau mit einem Stich in der Brust tot aufgefunden. Man nimmt an, daß es sich um einen Raubmord handelt.

**154 924 Mark unterschlagen.** Thorn, 8. Juli. Die Postaushelfer Reinhold Kujas, Alfons Jablonski, Leo Rudnicki, die auf dem Hauptbahnhof in Thorn aus vier Wertpostsendungen 154 924 Mark in polnischen Banknoten gestohlen und in wenigen Tagen 20 000 Mark in Sektgelagen vergeudet haben, hatten mit dem Magistratsschreiber Thaddäus Muzalewski, der die Umwechslung des Geldes besorgt hatte, und den Kellnerinnen Weiland und Hahn vor der Thorner Strafkammer wegen Diebstahls und Hehlerei sich zu verantworten. Das Urteil lautete gegen Kujas auf zwei Jahre, gegen Jablonski auf ein Jahr, gegen Rumicki und Muzalewski auf je sechs Monate Gefängnis. Die Kellnerinnen wurden freigesprochen.

Verantwortlicher Schriftsteller: Otto Kilian. Verantwortlich für Anzeigen Hermann Schade. Verlag: Volksblatt G. m. b. H. — Druck Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

# Der Millionen-Schwindler.

Ein Börsenroman von Hans Hyan.

18] (Nachdruck verboten.)

Hedwig Meier stand inzwischen auf der Drehscheibe im Atelier des Bildhauers. Sie hatte ihre Taille ausgezogen und ein seidenes Tuch um ihren Oberkörper geschlagen, so daß der Hals und die Arme frei blieben.

Zu mehr wollte und wollte sie sich nicht verstehen, so sehr auch der Bildhauer sie bat, doch wenigstens ihre volle Büste seinem Werke zu leihen.

Und dem Künstler schien es in der Tat ernst zu sein mit seiner Arbeit.

Vor dem Modellierblock stehend, auf dem die Figur sich bereits gut erkennbar erhob, maß er sein Modell, das rechte Auge halb zugekniffen, immer wieder mit wägendem Blick. Und dann fuhren seine geschickten Finger mit dem Modellierholz oder mit dem Daumen arbeitend, an dem Ton hin und her und immer klarer und präziser traten die Formen aus dem grauen Material hervor.

Jetzt machte er, augenscheinlich ein wenig erschöpft, eine Pause, reinigte seine Hände vom Ton und sagte, etwas näher an Hedwig herantretend:

„Ich glaube, ganz haben Sie Ihr Mißtrauen doch noch immer nicht überwunden?“

„Wie meinen Sie das?“ erwiderte sie verwirrt, „warum sollte ich Ihnen mißtrauen?! . . . Ich glaube doch recht gut, daß nicht meine Person es ist . . . glauben Sie denn, ich würde sonst zu Ihnen kommen? . . . wenn ich nicht von der Reinheit Ihrer Absichten durchdrungen wäre?“

Er sah sie mit einem flehenden Blick an, der seine Worte Lügen strafte und meinte:

„Gewiß . . . nur die Kunst . . . Aber . . . die Kunst ist grausam . . . Sie verstehen mich, nicht wahr? . . . Sie tötet den Menschen in uns, und der Mensch verlangt doch auch sein Recht.“

Hedwig wurde über und über rot und setzte mehrere Male zum Sprechen an, blieb aber still.

Da sagte er wieder:

„Wir Künstler sind doch schließlich auch Menschen, und glauben Sie denn, wir wären imstande, den Gegenstand unserer Phantasien und Träume so wiederzugeben, daß andere davon ergriffen werden, wenn uns selbst nicht bei seinem Anblick das Herz erbebt?“ . . .

„Aber nein . . .“ Hedwig sprach sehr leise, „so etwas sollen Sie nicht sagen, ich will das nicht hören . . . das verwischt die Grenze, die ich mir und Ihnen ziehen muß . . . Ich bin eine verheiratete Frau.“

Er lachte und es gelang ihn gut, den bitteren Ton des edlen Herzens, welches eine unverdiente Kränkung erleidet, in dieses Lachen hineinzulegen. Dann trat er ihr noch einen Schritt näher und sagte mit erstickter Stimme:

„Hedwig! . . . Hedwig! . . .“

Dabei trat er ganz dicht an die Drehscheibe heran, auf der sie ängstlich zurückwich.

„Sie sollen gehen!“ rief sie. „Ich verlasse Sie sofort, wenn Sie nicht augenblicklich vernünftig sind! . . . Halten Sie so Ihre Versprechungen?“ Und vorwurfsvoll setzte sie hinzu:

„Muß ich da nicht glauben, daß Ihr ganzer Idealismus nur Verstellung ist und daß Sie weniger mein Modellstehen als . . . nein, nein!“ Ihre Stimme bekam ängstlich bittenden Ton. „Enttäuschen Sie mich nicht so sehr! . . . Ich kenne die Männer und ich weiß, daß hinter all den schönen Worten im Grunde doch nichts ist, als immer wieder dasselbe häßliche Verlangen . . . Aber bei Ihnen habe ich an etwas anderes geglaubt. Von Ihnen dachte ich, daß kein unreiner Gedanke Ihr Herz beflecke, als Sie mich baten, hierher zu kommen.“

Er trat zurück.

Und sein Gesicht, das unter dem Einfluß der künstlerischen Arbeit in der Tat etwas Edles und Leuchtendes bekam, ein wenig erbebend, so daß das durch das Atelierfenster hereinbrechende und durch weiße Mullvorhänge verteilte und gedämpfte Licht seinen Schimmer drüber ausgoß, sagte er:

„Nein, das sollen Sie nicht von mir denken . . . das nicht! Ich will Ihnen nie wieder sagen, wie sehr ich Sie liebe, und wie ich seit Wochen an nichts anderes mehr denken kann! . .“ Er dämpfte seine Stimme zum Flüstern:

„Hedwig . . . Ich habe in meinem Leben viele Mädchen und Frauen geliebt, aber . . .“ Mit einem tiefen Aufatmen: „Jetzt erst weiß ich, was es heißt, alles für einen Menschen zu empfinden . . . Alles —“

Er fuhr herum, es hatte stark an die Tür geklopft.

Und das Klopfen wiederholte sich stärker und immer wieder. Schließlich schlug der Draußenstehende mit den Fäusten fast die Tür ein.

Aber Hedwig zeigte sich in diesem kritischen Moment der Situation ganz und gar gewachsen.

Schon bei dem ersten Klopfen hatte sie das Seidentuch abgeworfen und die neben ihr an der Wand hängende Bluse angezogen, die sie nun mit fliegenden Fingern und trotzdem geschickt und schnell zuknöpfte.

Während der Künstler, mit fahlem Gesicht auf ihr wiederholtes Winken endlich nach der Tür ging, um zu öffnen, schloß sie den Sammelgürtel und stand nun ernst und in künstlerischer Pose auf der Drehscheibe, ohne daß sich in ihrem Wesen eine Spur von Angst und Erregung bemerkbar machte.

Willi Brandhauer öffnete, und mit einem Gesicht, das weiß war, wie die Tünche der Atelierwand, kam Theodor Meier bis mitten in den großen Raum hinein und blieb dort einige Sekunden wortlos stehen.

Dann sprang er plötzlich auf Hedwig zu und erhob den Arm, um sie zu schlagen.

Mit einem Schrei floh sie zurück, bis an die Mauer, die Arme und die gespreizten Hände voller Angst an die Wand pressend. Aber da hatte er sich schon wieder gefaßt.

Er wandte sich zum Bildhauer um, der einen schweren Eisenklöppel ergriffen hatte, wie man ihn zur Bearbeitung des Marmors braucht, und sagte:

„Fürchten Sie nicht, daß ich Ihnen etwas tue, das ist die da nicht wert. Aber wenn Sie noch einen Funken von Ehre und Gewissen im Leibe haben, dann beantworten Sie mir jetzt eine Frage!“

Der Bildhauer nickte stumm und noch immer nicht überzeugt, daß er selbst bei dieser Affäre heil davon kommen würde.

„Wie oft war die Frau schon bei Ihnen?“

Willi Brandhauer tat, als dächte er nach, dann sagte er:

„Vielleicht zehn- oder zwölfmal . . .“

„Und was haben Sie. . . Aha. Da ist ja die Geschichte!“

Er stürzte auf den Modellierblock zu, auf dem die lebensgroße Figur einer sinnenden und verloren blickenden Frau stand, an der die Partien der Brust und der Arme schon klar erkennbar waren, während Leib und Beine, vorläufig nur angelegt, noch der Durchführung bedurften.

Theodor Meier stand minutenlang vor der Statue, während der Künstler, sich in banger Erwartung nähernd, hinter ihm blieb.

Und dann schien es, als überkäme den Mann jener Frau, die zu diesem Bilde Modell gestanden hatte, ganz plötzlich ein fast irrer Wutanfall: mit einem heiseren Schrei hob er blitzartig beide Arme, packte die Figur und riß sie vom Bock herunter auf den Boden, wo er den berstenden Ton mit seinen blanken Stiefeln zertrat.

Die Frau zu verteidigen, vorhin, als ihr Mann sie zu schlagen drohte, dazu hatte dem Künstler der Mut gefehlt. Aber jetzt, wie der Gatte dieses Weibes, das ihm im Grunde seiner Seele nichts galt, sein Werk, seine Hoffnung, sein alles mit einem Schlage zertrümmerte und zerstörte, da ergriff auch den kleinen blonden Menschen ein rasender Zorn.

Er stürzte auf den Vandalen zu, krallte seine Hände in dessen Kleider und stieß ihn, schreiend und fluchend, von den traurigen Resten seiner Arbeit hinweg.

Ueber den Fabrikanten kam es ebenso schnell wie eine gräßliche Ernüchterung. Halb gedrängt, halb selber gehend, trat er auf die Frau zu, die, sinnlos und betäubt vor Furcht, noch immer auf der Drehscheibe hockte, und sagte mit klagender Stimme:

„Hedwig, komm . . . Wir wollen gehen.“

„Ja,“ brüllte der Bildhauer, „gehen Sie und nehmen Sie das Frauenzimmer mit, das sich mir förmlich an den Hals geschmissen hat! . . . Ach!“ er schlug die Hände vors Gesicht und schluchzte laut auf, „hätte ich doch nicht daran gedacht, mir so eine hier rauf zu holen! . . . Jedes Modell ist ebensogut und nicht so zimperlich! . . . Und nun ist meine ganze Arbeit weg und ich kann sie nicht noch mal anfangen, in acht Tagen ist schon der Termin zur Ausstellung! . . . Aber ihr müßt mir das ersetzen! . . . Ihr müßt mir meine Arbeit bezahlen, ihr Bande. . . .“

Und er schimpfte immerfort und wehklagte und drohte, den Fabrikanten bei Gericht anzuzeigen wegen Sachbeschädigung, bis schließlich Hedwig, die mit einem schlauen Blick in all ihrer grenzenlosen Verwirrung doch erkannte, daß jetzt der Moment gekommen sei, wo sie reden müsse, von der Drehscheibe herabsteigend, sagte:

„Wenn Sie Ansprüche an uns zu haben glauben, Herr Brandhauer, dann schreiben Sie uns, bitte. . . Jetzt ist wohl nicht der Zeitpunkt.“

Und den Bildhauer mit einem tränenvollen Blick ansehend, rief sie laut aus:

„So sagen Sie doch wenigstens meinem Manne, daß ich nichts, aber auch nichts anderes als Ihr Modell gewesen bin.“

Doch für Theodor Meier wäre jedes Wort, selbst wenn es der Künstler ausgesprochen hätte, zu spät gekommen. Er hatte das Atelier bereits verlassen, und ihre Tränen trocknend, mit einer verachtungsvollen Gebärde für den Bildhauer, folgte ihm Hedwig.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191807 10-14/fragment/page=0003

**Walhalla-Theater.** 1/8 Uhr. 1246

Nur noch einige Tage!

**Morton, der hängende Mensch!**

**Läpp und Habel,** urkomische Parodisten.

**8 Germanias. 8**

**Die feldgrauen Sterne.**

**Tato und May,** Excentriker.

mit ihrem fabelhaften Ballspiel

Tageskasse 10—1½ und 4—6.

---

**Radrennbahn (Olympia-Park).**

Grosses **Eröffnungsrennen**

Sonntag, 14. Juli, nachm. 3½ Uhr.

**Grosser Preis von Halle.**

Preise: 1200, 800, 500 Mark. *644

Dauerrennen hinter Riesenmotoren 10, 15, 25 Km.

**6 gr. Fliegerrennen, 25 Fahrer.**

Interessanter Sport! Grosse Kämpfe! Verwegene Fahrer!

---

**Achtung!**

**Konzerthaus „Oberpollinger".**

Ecke Gr. Ulrichstr. Jägergasse 1. Ecke Gr. Ulrichstr.

Täglich: **Künstler-Konzert.**

Morgen, Donnerstag, d. 11./7., 2. Sonderabend,

**:: Walzer-Abend ::**

ff. Bayrisch Bier. verbunden mit Blumenfest.

Es ladet ergebenst ein 1241 Frau Elsa Beth.

---

**Pfälzer Schießgraben.**

Täglich: **Großes Frei-Konzert**

der gesamten Görlach'schen Kapelle.

Anfang abends 7½ Uhr. 1114

Neues Operetten-Programm.

Ergebenst ladet ein Karl Henkelmann.

---

**Kaltwasserleim**

(bester Ersatz für Sichelleim)

Jasmunder 3 Kr Kreide, auch lassweise, gibt ab

1237 Gustav Fuhrmann, Reilstrasse 5.

---

**Sammelt Abfälle fürs Vaterland,**

besonders Konservendosen gegen doppelte Gutscheine vom 15. Juli bis 15. August. 1238

B. f. K. (Brockensammlung für Kriegszwecke), Harz 51

Wäsche- und Stoffreste Chaiselongue, Kleiderschrank, Vertiko, Waschtisch m. u. o. Marmorplatte, Spiegel m. Schränkchen, Fluggarderobe Ausziehtische u. and. Tische Nachtschränkchen Stühle, alles noch gut erhalten, verkauft

**E. Dippold,** Große Gosen. für 12 p. 1217

---

Arbeitsmarkt

**Schlosser, Dreher, Klempner**

für

**dringende Heereslieferungen**

stellt laufend ein

**Andreas Haaßengier, G. m. b. H.,**

1236 Hordorferstraße 4 b.

---

**Maurer, Zimmerleute und Bauarbeiter**

*650

für hiesige u. auswärtige Arbeiten gesucht.

**Otto Grote,** Baugeschäft,

Albrechtstraße 28.

---

**Werkzeugschlosser, Schnitt- u. Stanzenbauer**

möglichst ältere Jahrgänge für meine Werkzeugfabrik mit ausschließlich dringendsten Heereslieferungen beschäftigt, nach Dringlichkeitsklasse I, gesucht.

*603 Schriftliche oder persönliche Meldungen bei

Gossweiler Werkzeug-Fertigmacherei Schwarzenberg i. Schl.

---

**Kraftwagenführer**

für sofort gesucht. Zu melden *606

**Gaswerk Holzplatz 7.**

---

**Kaffee Knäusel**

Eigene Konditorei Kaffee Knäusel Täglich Frei-Konzert

1218 Rannischestr. 7 · Telefon 4176

---

**Stadt-Theater Halle**

Donnerstag den 11. Juli 1918:

**Mutter.**

Schauspiel in 3 Aufzügen von Paul Lehmann. 1238

Freitag, den 12. Juli 1918:

König für einen Tag

Dienstag:

Sonder-Vorstellung zum Besten der Wohlfahrtskasse der Gesellschaft Deutscher Bühnen-Angehörigen u. des Deutschen Bühnenvereins:

Das Dreimäderlhaus.

---

**Zoo.** *559

Donnerstag, 11 Juli 1918, nachmittags 4 Uhr und abends 7½ Uhr:

**:: Konzert ::**

vom

Stadttheater-Orchester.

Leitung: Kapellmstr. Karl Nöhren.

Eintrittspreise:

Erwachsene 50 Pf., von 7 Uhr abends ab 35 Pf., Kinder 20 Pf., Militär ohne Dienstgrad zahlt vormittags 10 Pf., nachm. 20 Pf.

Bei ungünstigem Wetter find. die Konzerte im Saale statt.

---

**Bad Wittekind**

*651 Heute abend 8 Uhr:

**Militär-Konzert.**

---

**Rucksäcke, Wachstuch-Marktfaschen**

wieder lieferbar. 1180

**Max Löschke,**

Alter Markt 3.

---

Erfahrene

**Eisendreher, Eisenhobler und Maschin-Schlosser**

für dringenden Heeresbedarf stellen ein 1115

**Lange & Gellen,**

Maschinenfabrik, Raffineriest. 43.

---

Stall-, Haus- u. Dienstmädchen für Stadt u. Land sucht 1210

**Emilie Hagelganz,**

Gewerbsmäßige Stellenvermittlerin. Halle (S.), Leipzigerstr. 4. II.

---

Tüchtige

**Eisenhobler**

stellt ein 1245

**Paul Schreck,**

Huttenstr. 5a.

---

**Aufwartung** ist gesucht 1239 Schlachterstraße 3.

---

**Seefahrtspersonal**

Junge Leute ungelernte Arbeiter u. Handwerker aller Berufe die militärfrei sind u. z. See fahren wollen, erhalten Rat und Auskunft brieflich. Schreibe an „Seemannsruh", Auskunftsstelle für Schiffspersonal, Kiel, Wall 24 *590

---

Klavier-, Violin-, Mandolin- und Gitarre-Unterricht erteilt 1 85 Wally May, Torstraße 49

---

Frau nimmt Wäsche an. 1240 Ludw.-Wuchererstr. 19, III.

---

**Bio**

Gr. Ulrichstr. 57.

**Die Jagd um 1000 Dollar**

1243

Spannendes Detektiv-Abenteuer aus zwei Weltteilen, in 5 Akten,

mit dem Meisterdetektiv

**Harry Higgs**

in der Hauptrolle

---

Sendet 1234

**abwaschbare Spielkarten**

ins Feld und Lazarett.

1 Spiel, mit Goldecken 1.50 Mark.

12 Spiele, mit Goldecken 16.50 Mark.

Dauerwäsche-Vertrieb

Kl. Berlin 2, 1 Tr. rechts, Ecke Sternstrasse.

---

**A. D. Webers gesammelte Satiren.**

Band I und II, geb. je 4.50 Mk.

Band III beschlagnahmt.

Broschürt je 3 Mk.

| | |
|---|---|
| Froh und Froh | 2.50 Mk. |
| Satir lacht | 2.50 „ |
| Mit verhängten Zügeln (Volksausgabe) | 2.50 Mk. |
| Berlin und der Berliner | 1.10 „ |
| Durch die Lupe | 1.10 „ |
| Die Lästerallee | 1.00 „ |
| Mehr Licht | 1.10 „ |
| Ohne Feigenblatt | 1.20 „ |
| Frech und Froh | 1.20 „ |
| Satir lacht | 1.20 „ |
| Nicht für Jeden | 1.20 „ |
| Lustiges Zeit aus'n Saalkreise | 0.60 „ |

Zu beziehen durch die

**Volks-Buchhandlung,**

Halle, Harz 42/44.

---

1136 Alle Sorten

**Felle, Häute, Tierhaare und Wolle**

kaufen zu Höchstpreisen

**Gebr. Danglowitz,**

Fischerplan 2. Tel. 1178.

---

Kaufe guterhalt. Möbel und — Polstersachen — 1218

E. Dippold, Gr Gosenstr. 12 p.

---

**Handleiterwagen,**

Wasch- und Bade-Wannen,

Bettfedern

gegen bar oder erleichterte Zahlungsweise. 1163

Friedrich Gronau,

Barfüßerstraße 16.

---

**Mir oder Mich?**

Leitfaden zum Gebrauch der Fürwörter. Ein Lehr- u. Uebungsbuch für den Selbstunterricht.

Preis 1.35 Mark (nach auswärts 10 Pfg. Porto).

Zu beziehen durch die

**Volksbuchhandlung, Halle,**

Harz 42/44.

---

Junger, roter **Teckel** (Rüde) mit Nickelkettenhalsband abhanden gekommen. Wiederbringer erhält gute Belohnung.

**Zigarren-Geschäft** („Stadt Berlin"), **Bitterfeld, Markt 6.**

---

**Apollo-Theater.**

Täglich, abends 1/8 Uhr, in neuer Einstudierung:

**Die tolle Komtess.**

Operette in 3 Akten von R. Bernauer und R. Schanzer. Musik von Walter Kollo.

Hunderte von Aufführungen in allen deutschen Großstädten!

Musikalische Hauptpartien: Du ahnungsloser Engel du! — Bein auf ewig! — Melweis-Terzett. — Junges Herz, lass die Liebe ein. — Die Kinderchen, die braven, die sagen zur Mama .... — Die gute Tante Karola, die sitzt und spielt Pianola. — Usw.

Vorverkauf auf 8 Tage voraus, täglich 9—1 und 5—1/27 Uhr.

---

**Moden-Zeitungen** in grosser Auswahl.

Volksbuchhandlung Halle a. Saale, Harz 42/44.

---

# Amtliche Bekanntmachungen.

**Der Verkauf von städtischen Kirschen**

beginnt am Donnerstag den 11. Juli 1918 in der Talamtschule in den Vormittagsstunden von 8—12 Uhr und nachmittags von 2 bis 6 Uhr. Zugelassen zum Einkauf sind die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 74 000—71 000. Für jede Person eines Haushaltes kann ein Pfund zum Preise von 75 Pfennigen abgegeben werden. Der Verkauf erfolgt nur gegen Abgabe des Abschnittes 206 des Warenbezugscheines Nr. 17.

Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Halle, den 10. Juli 1918. Der Magistrat.

---

**Städtischer Verkauf auf besondere Bezugskarten für Kinder bis zu 12 Jahren in der Talamtschule am Donnerstag den 11. Juli.**

Zugelassen zum Einkauf werden die Nummern der Lebensmittelscheine 56 001—65 000 vormittags von 8—12 Uhr und die Nummern 65 001 — 74 000 nachmittags von 2—6 Uhr. Zum Kaufe berechtigt sind die Inhaber des Abschnittes G der besonderen Warenbezugskarte für Kinder bis zu 12 Jahren. Für jeden Abschnitt kann ½ Pfund Gerstenmehl zum Preise von 38 Pf. verabfolgt werden.

Zur Beschleunigung der Abfertigung wolle man abgezähltes Geld (vor allem Kupfergeld) bereithalten.

Halle, den 10. Juli 1918. Der Magistrat.

---

**Seefisch-Verkauf.**

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. September und 4. November 1915 wird der Verkauf der der Stadt überwiesenen Seefische wie folgt geregelt:

Der Verkauf wird am Donnerstag früh in den bekannten einschlägigen Geschäften fortgesetzt. — Es kommen hauptsächlich Schollen zum Verkauf. — Für jede Person eines Haushaltes kann ca. ein halbes Pfund abgegeben werden. Die Preise der einzelnen Sorten sind in den Geschäften deutlich sichtbar angebracht. Der Verkauf erfolgt auf Warenbezugsschein Nr. 16, Abschn. Nr. 197. Zugelassen zum Einkauf sind die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 17 501 — 24 500 und 52 501 — 59 500. — Wegen Papiermangels wird das Publikum ersucht, Papier oder Taschen, Netze, Körbe 2c. mitzubringen.

Die Verkäufer sind verpflichtet, die Abschnitte 197 des Warenbezugsscheines 16 abzutrennen und zu Hunderten gebündelt im Stadt-Ernährungsamt, Zimmer 11, binnen fünf Tagen abzuliefern.

Zuwiderhandlungen werden gemäß der eingangs erwähnten Bundesratsverordnung bestraft. Auch kann die Schließung des Geschäftes oder die Entziehung des weiteren Verkaufs der städtischen Ware verfügt werden.

Halle, den 10. Juli 1918. Der Magistrat.

---

**Städtischer Eier- und Talg-Verkauf in der Talamtschule am Donnerstag, den 11. Juli 1918.**

Zum Kaufe berechtigt sind die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 14 001 — 15 500 vormittags von 8 bis 12 Uhr, und die Inhaber der Nummern 15 501 — 17 000 nachmittags 2 bis 6 Uhr. Für den Kopf eines Haushaltes wird ein Ei zum Preise von 33 Pfg. und 55 Gramm Talg zum Preise von 25 Pfg. abgegeben.

Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Zur Beschleunigung der Abfertigung wolle man abgezähltes Geld (vor allem Kupfergeld) bereithalten. Umtausch nur innerhalb drei Tagen!

Halle, den 10. Juli 1918. Der Magistrat.

---

**Verkauf von Quark.**

Am Donnerstag, den 11. Juli 1918, erfolgt der Verkauf von Quark auf den Abschnitt 9 des Einkaufsscheines über Molkereierzeugnisse an die Inhaber der neuen Lebensmittelscheine mit den Nummern 62 001 — 67 000 an folgenden Stellen: Milchhändlerin Raft, Humboldtstraße 48 und Milchhändlerin Pötzschke, Wielandstraße 30.

Eine spätere Belieferung der aufgerufenen Nummern findet von jetzt ab nicht mehr statt. Die zum Einkauf nicht benutzten Abschnitte des Einkaufsscheines über Molkereierzeugnisse haben ihre Gültigkeit verloren.

Für jedes Kind vom vollendeten 6.—12. Lebensjahre wird ½ Pfd. Quark auf den obenbezeichneten Abschnitt zum Preise von 37 Pf. abgegeben. Der neue Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten. Gefäße sind unbedingt mitzubringen.

Halle, 10. Juli 1918. Der Magistrat.

---

Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden aufgefordert, am Donnerstag, 11., und Freitag, 12. Juli dd. Js., bei den von ihnen gewählten Großhändlern den in dieser Woche zum Verkauf gelangenden Grieß abzuholen.

Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.

Halle, den 10. Juli 1918. Der Magistrat.

---

## Familien-Nachrichten.

**Danksagung.**

Für die wohltuenden Beweise der Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau, meiner lieben Mutti, unserer guten Tochter u. Schwester

**Minna Rost geb. Christall**

sagen wir nach allen Seiten unseren herzlichen Dank.

Max Rost nebst Tochter.

1242 Familie Gustav Christall.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191801 0-14/fragment/page=0004

# Preußisches Herrenhaus.

1. Sitzung: Dienstag, den 9. Juli 1918.

Am Ministertisch: Dr. Friedberg, Hergt, von Eisenhardt, v. Waldow.

Präsident Graf von Arnim-Boitzenburg gedenkt bei Eröffnung der Sitzung des verstorbenen Sultans und des Grafen Mirbach, der einem ruchlosen Mordanschlag zum Opfer gefallen ist.

## Der Staatshaushalt.

Die allgemeine Beipreschung wird in folgende Gruppen geteilt: Große Politik und Ernährungsfragen. Innere Politik und soziale Fragen. Handel und Verkehr.

Graf von Behr-Behrenhof: Wir danken unserem Heere, seinen obersten Kriegsherrn und seinen ruhmreichen Führern. Wir treten für einen Frieden ein, der der gebrachten Opfer wert ist; für die Sicherstellung unserer Zukunft auf erweiterter Basis. (Beifall.) Die Juli-Resolution hat den Mut der Feinde nur gestärkt und gewollte Opfer gefordert. (Sehr richtig!) Ebenso ist es mit der englischen demokratischen Phrase von der Selbstbestimmung der Völker. Ein guter Friede kommt allein durch unser gutes deutsches Schwert. Mein Vertrauen auf den erfolgreichen Ausgang des Krieges beruht darauf, daß der Kaiser, der allein das Recht hat, Frieden zu schließen, auf der Bahn, die Hindenburg und Ludendorff ihm schaffen, einen Frieden schließen wird, der unserer Zukunft dient. (Beifall.) Die Wahlreform hat nur Zwietracht in unser Volk gebracht. (Sehr richtig!) Die Gestaltung der Beziehungen zwischen Preußen und dem Reiche erweckt ernste Bedenken. Die ganze Politik Bethmann-Hollweys bestand in einem bedauerlichen Zurückweichen vor den Sozialdemokraten. Weitere Parlamentarisierung wäre höchst bedenklich. Ein Staatsmann muß auf höherer Warte stehen als ein Parteiführer, und um Kollisionen zu vermeiden, mußte er diese Stelle niederlegen. Nur eine starke Monarchie kann Preußen schützen und erhalten. Mit unserer Zwangswirtschaft sind wir kaum auf dem rechten Wege. Der Schleichhandel ist ein dunkler Fleck auf unserem reinen Schilde. Trotz alledem wird uns ein siegreicher Frieden beschert sein. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Oberbürgermeister Wilms-Posen: Eier, Gemüse und Obst sollte man nicht zwangsbewirtschaften, dann würden die Großstädte besser versorgt sein.

Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg: Gegenüber dem Grafen Behr glaubte ich, daß die Mißverständnisse infolge einer Rede von Kühlmann beseitigt seien durch seine und des Ministerpräsidenten Erklärungen. Ich wiederhole, daß innerhalb der Reichs- und Staatsregierung gar keine Rede davon sein kann, daß die Siegeszuversicht irgendwie erschüttert sei. (Bravo.) Der Sieg ist uns gar nicht mehr zu entreißen. Wir sind die Sieger im Osten, werden es auch im Westen sein und sind auch überzeugt, daß nur unser deutsches Schwert uns diesen Sieg in nicht ferner Zeit erringen wird. (Lebhafter Beifall.)

In Preußen hat man das Gefühl, daß das Reich sich etwas mehr als nötig, in die einzelstaatlichen Verhältnisse einmische, aber umgekehrt fühlen auch die Reichsämter sich sehr häufig dadurch gedrückt, daß sie in einer gewissen Abhängigkeit, einer notwendigen Notwendigkeit, von der preußischen Staatsregierung stehen. Das ist nach unserer Reichsverfassung notwendig, aber für die Reichsbehörden ist es eine Erschwerung ihrer Tätigkeit. Der Krieg hat hier die Verhältnisse etwas verschoben. Im Gegensatz zu früher hat jetzt das Reich viel höhere Ausgaben als die Bundesstaaten, 12 Milliarden gegenüber von noch nicht 2,2 Milliarden. Daher muß sich auch die Steuerhoheit des Reichs weiter ausdehnen. Das darf natürlich nicht auf Kosten der Bundesstaaten geschehen, aber wir werden es nicht hindern können, daß diese oder jene Steuerquelle, die die Bundesstaaten bisher gehabt haben, auch vom Reiche in gewissem Maße in Anspruch genommen wird. Die Befürchtung, daß wir wir im Reich so auch im Frieden den Weg der Parlamentarisierung gehen könnten, halte ich nicht für zutreffend. Nur in Uebereinstimmung aller in Betracht kommenden Faktoren läßt sich in dieser schweren Zeit das Staatsschiff mit Erfolg steuern. Das hat den Ministerpräsidenten dazu geführt, Seiner Majestät gewisse Vorschläge zu unterbreiten, die aus eigener freier Entschließung dann von Seiner Majestät gutgeheißen worden sind. Sollen Sie das Parlamentarisierung nennen? Wir leben in einer Zeit, in der es darauf ankommt, alles zusammenzufassen, um einig und geschlossen im Innern zu sein. Das ist auch der Grundsatz der Regierung. Wenn wir uns mit gegenseitigem Vertrauen entgegenkommen, dann wird diese Einigkeit und Geschlossenheit erreicht werden zum Guten unseres Vaterlandes. (Beifall.)

Fürst Salm-Horstmar: Der Ansturm der demokratischen Auffassung gegen die aristokratische findet ihre stärkste Stütze in der internationalen jüdische Rasse. Ein Werkzeug zur Verwirklichung ihrer Ziele sind die internationalen Freimaurerorden.

Herzog von Trachenberg: Ich kann nur mein tiefes Bedauern darüber aussprechen, daß man hier das Trennende hervorgehoben hat. (Zustimmung.) Wir brauchen den Siegeswillen und die Einigkeit unserer Krieger, die uns vor dem Einbruch der Feinde schützen, aber wir brauchen auch die Einigkeit im Innern. Die Worte des Vorredners haben die Einigkeit im Innern geschädigt.

Staatssekretär a. D. Dernburg: Die Ausführungen des Fürsten Salm-Horstmar müssen einen großen Teil des Volkes verbittern. Ohne die Mitarbeit der Diplomatie ist der Friede nicht in die Scheune zu bringen. Wenn Preußen eine führende Stellung behalten will, muß es dauernd moralische Eroberungen machen. (Widerspruch.) Ich bin mir einigermaßen im Zweifel, ob ihm das gelungen ist. Wenn das Wahlrecht zur Unzeit gekommen ist, dann ist es eben zu spät gekommen.

Graf York von Wartenburg: Wir tun gut, auf moralische Eroberungen zu verzichten. Die starke Beteiligung der Staatssekretäre am preußischen Staatsministerium ist unerwünscht. Wir brauchen eine ausgiebige Kriegsentschädigung.

Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg: Gegenwärtig haben nur zwei Staatssekretäre in Preußen Sitz und Stimme, früher waren es mehr. Es ist mithin eine Einschränkung eingetreten. Der Reichsschatzsekretär und der Staatssekretär des Innern müssen mit ihren preußischen Kollegen zusammenarbeiten, sonst würden manche Unzuträglichkeiten entstehen.

Oberbürgermeister Mitlaff-Bromberg fordert Besserstellung der Staatsbeamten.

Kammerherr von Oldenburg-Januschau: Der beste Beweis dafür, daß sich der Reichstag in die preußischen Verhältnisse mischt, ist doch der Ausspruch des Vizekanzlers von Payer im Reichstage, daß er mit dem preußischen Wahlrecht stehe und falle. Was geht denn Herrn von Payer das preußische Wahlrecht an? (Heiterkeit und Sehr gut!) Die Regierung ist dazu da, die Verfassung aufrechtzuerhalten; diejenigen Herren im Reiche, die das zu tun haben, mögen bedenken, daß ihre Gehälter auch aus den Taschen der preußischen Steuerzahler fließen. Preußen ist nicht auf dem Wege moralischer Eroberungen groß geworden.

Oberbürgermeister Oehler-Düsseldorf verteidigt das gegenwärtige Wirtschaftssystem.

Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen schließt die allgemeine Aussprache. Es folgt die Einzelbesprechung der verschiedenen Haushaltspläne. Zunächst steht die

### landwirtschaftliche Verwaltung

zur Erörterung.

Staatssekretär für Volksernährung von Waldow: Ein Julius-Turm voll Getreide zu Beginn des Krieges wäre uns gewiß sehr zu statten gekommen. Aber wer hat eine so lange Dauer des Krieges vorausgesehen? Die Zwangswirtschaft hat jedenfalls das Gute gehabt, die Lebensmittel für das Heer aufzubringen und ein Existenzminimum für die große Masse der Minderbemittelten, das sind 95 Proz. des Volkes, zu sichern. Wenn einmal ein Abbau erfolgen kann, dann werden jedenfalls Eier und Gemüse zuerst drankommen. Bei Brot, Fleisch und Kartoffeln kann erst daran gedacht werden, wenn unsere Vorräte höher sein werden als der Bedarf.

Oberbürgermeister Koch-Kassel spricht für die Zwangswirtschaft. Das Gemüse wird übrigens gar nicht öffentlich bewirtschaftet. Geschähe das, wäre es besser.

v. Herzberg-Lettin: Die großen Städte beziehen ein Viertel ihres Bedarfs durch den Schleichhandel, und sie würden ohne ihn wohl verhungern. Anstelle des Herrn von Waldow würde ich das Zwangssystem nur für Brot beibehalten. Wir müssen aus dieser Zwangsjacke mit Kriegsende herauskommen.

Graf Stolberg: Wie sollte man ohne öffentliche Bewirtschaftung das Heer ernähren. In der Kritik sollte man vorsichtiger sein.

Stadtdirektor Tramm-Hannover: Ohne den Schleichhandel ist eine wirkliche Versorgung der Bevölkerung nicht durchführbar. Eine der bedenklichsten Folgen der Zwangsbewirtschaftung ist die allgemeine Demoralisierung, die blinde Denunziationswut.

Oberbürgermeister Dr. Jörres-Duisburg: Die Kartoffelversorgung war im letzten Jahre sehr gut; ebenso ist die Marmeladenversorgung ein Ruhmesblatt in der Tätigkeit der Reichsstelle für Gemüse und Obst.

Oberbürgermeister Wermuth-Berlin: Ich warne dringend vor jedem Versuche, das jetzige System zu ändern.

Kammerherr von Oldenburg-Januschau: Die Zustände in den Großstädten sind jetzt wirklich herzbrechend. Die Bekämpfung des Schleichhandels ist moralisch notwendig.

Staatssekretär v. Waldow: Die Kartoffelversorgung hat noch nie so geklappt wie in diesem Jahre.

Der Landwirtschaftsetat wird bewilligt.

Mittwoch 1 Uhr: Weiterberatung.

Schluß 7 Uhr.

**Sprechstunde der Redaktion von 12 bis 1 Uhr.**

# Aus der Partei.

## Quittung.

Für die U. S. P. D. gingen in der Zeit vom 1. Juni bis zum 8. Juli bei der Unterzeichneten ein: Von L.-Königsberg 55,50 Mark. R. B.-Friedrichsort 400 Mk. K.-Hamburg 105,50 Mk. Petzold-Erfurt: Mitglieder für den Frieden 600 Mk. Sch.-Bismar 2 Mk. F. K. für Hemelingen 45,16 Mk. 3. Berliner Kreis durch B. M. 129,42 Mk. Köln 24 Mk. Walsdorff 92,50 Mk. Berlin (2. Rate à Conto) 3152,70 Mk. Hanau 43,60 Mk. St.-Sieker 14,60 Mk. Südwestdeutschland 935,65 Mk. K.-Lübeck 6 Mk. G. M. 4,10 Mk. B.-Lehme 16,10 Mk. B.-Friedrichsort 400 Mk. K. Rist 1,50 Mk. H. Werner 5 Mk. 2. Berliner Wahlkreis 278,65 Mk. Köln 22 Mk. Kr. 1,50 R.-Greifenhagen 57,60 Mk. Stettin 62,89 Mk. Braunschweig 322,38 Mk. Gera (à Conto) 58,60 Mk. 1 Kr. 1,50 Mk. J. M. 4,47 Mk. Beiträge für April und Mai für fünf Genossen 1050 Mk. Ohrwald 26,48 Mk. S.-Lardebhut 6,20 Mk. B. M. 1,80 Mk. Fürth 29,58 Mk. Bamberg 12,44 Mk. B. M. 8,94 Mk. S.-Schüren 7,10 Mk. K.-Neu-Ruppin 9 Mk. H. B.-Mühlhausen i. Th. 20,50 Mark. F. Kaplanei 10,40 Mk. Freund, Tönning 135 Mk. Nüstringen 10 Mk. Schmidt-N. 2 Mk. Böhm. B. 46,50 Mk. J. M. 6,20 Mk. Für ein Marxbuch 7,80 Mk. 3 Kr. 4,50 Mk. M.-Wittenberge 2,96 Mk. H. F. C.-Hamburg 34 Mk. K.-Hamburg 72 Mk. B.-Friedrichsort 472,50 Mk. Schmidt-Halle 1110,38 Mk. In der letzten Quittung mußte es heißen: Danzig 140 Mk., nicht 40 Mk.

Für Unterstützungszwecke gingen ein: Vom Kater 22 Mk. Pferdeliebhaberei 10,50 Mk. Dirling 20 Mk. Stettin 58 Mark. Stralsund 28 Mk. Swinemünde 30 Mk. Treptow (Toll.) 6,10 Mk. Spremberg 44,30 Mk. K. R.-Bremerhaven 205,45 Mk. W. Vetterlein 100 Mk. P. B.-Lunzenau 10 Mk. W. S. 2 Mk. P. S. 5 Mk. A. H. 2 Mk. W. M. 1 Mk. 1 K. 20 M., sämtlich durch R.-Lunzenau. B. Sch.-Lardebhut 20 Mk. R. Mortau 1 Mk. H. Pollavitz 8,50 Mk. R.-Greifenhagen 266,10 Mk., darunter für Bäcker 31 Mk. Stettin 148,10 Mk. B.-Gera 60 Mk. Lohrmann 5 Mk. Von einem Hamburger Genossen durch Genossin Kautsky 40 Mk. Durch Nissel 250 Mk. Schnellbacher 677,50 Mk. Vom Eisenfesten im Rheinland durch Ed. M. 500 Mk. K. F.-Essen junge Garde 50 Mk. G. Schöne 10 Mk. Von S. durch H. 200 Mk. G. in Oeslebshausen 5 Mk. 9 S.-Karlsruhe 11 Mk. Minna Cauer 20 Mk. K. L. 100 Mk. J. B. in H. und K. S. in H. durch Ed. B. 25 Mk. R. Stichter-Berlin 10 Mk. Arbeiter der Flatwerke Wien 500 Kronen. Grete F.-Aachen 20 Mk.

Luise Zietz, Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 21, 2. Hof, 3 Treppen. (Postscheckkonto 32 287.)

# Halle und Saalkreis.

Halle, den 10. Juli 1918.

## Freibeuter am Werke.

„Wer jetzt nicht verdient verdient nicht, daß er den Krieg erlebt." Das ist das Leitmotiv für die Handlungsweise unzähliger Menschen geworden, die daheim hinterm sicheren Ofen sitzen und keinen Augenblick an die Opfer denken, die unsere Volksgenossen im grauen Rock bringen müssen. Höchstens, daß sie einmal mit oliger Rührung einen Krokodilsseufzer von sich geben über das Elend des Krieges — wenn — ja wenn es das Interesse des Geschäfts erfordert.

In den letzten Monaten hat sich immer deutlicher eine besondere Art des übermäßigen Gewinnerzielens herausgebildet, das nicht nur den gewerbsmäßigen Verteuerern aller Art zugute kommt, sondern auch von Leuten geübt wird, die sonst nie daran dachten. Handelsgewinne zu erzielen. Diese „schöne Form" gegen ertragen „Ueber-das-Ohr-hauen" wird vor allem bei der Verschacherung alter, gebrauchter Gegenstände geübt. Ueberall kann man lesen, daß hier gebrauchte Gegenstände wie Möbel, Teppiche, Klaviere, Bilder, Sofas und Schulmappen, Küchenöfen und Hängelampen „fast neu" oder wenig gebraucht zu haben seien. Stets natürlich „preiswert"!

Armer Familienvater — geplagte Hausfrau, die ihr irgend einen von diesen ausgelobten Gegenständen nötig habt, geht schleunigst hin, denn mit euch werden hundert andere die Zeitung lesen und sich beeilen, den „billigen Gelegenheitskauf" zu machen. Aber welche Enttäuschung harrt eurer. Da ist ein Kleiderschrank, wurmstichig und baufällig, der euch mit lächelnder Miene zu 100 Mark als preiswert angepriesen wird, obwohl er bereits in Friedenszeiten — vor zehn und mehr Jahren — noch keine 40 Mark kostete. Dort wird ein Teppich angepriesen, in dem Motten schon mancherlei Unfug verübt haben, der zu Großvaters Zeiten vielleicht 50 Mark gekostet hat und jetzt für „nur 150 Mark" wiederverkauft werden soll. Ein altes Klavier, auf dem ein halbes Dutzend Söhnen ihre musikalischen Kenntnisse erlernten, wird mit 800 Mark bewertet: kurzum — ob ihr ein schlechtes Bild oder einen Topf, einen ächzenden, rupeligen

# Die „spanische Krankheit".

Es hat nicht lange gedauert, bis die zuerst im letzten Drittel des Monats Mai in Spanien blitzartig aufgetretene Epidemie ihrem wahren Charakter nach erkannt worden ist. Hat sie sich doch alsbald als unsere gute, alte Grippe entpuppt, die ja schon so oft unseren Erdteil befallen hat, und für die seit der letzten großen Epidemie vor annähernd dreißig Jahren der Name Influenza gebräuchlich geworden ist. Seit länger als einem halben Jahrtausend ist sie in Europa bekannt; nach dem Lande, von dem aus sie sich verbreitete, trug sie im Laufe der Jahrhunderte die verschiedensten Namen. Ob nun die von ihr befallene Menschheit das Uebel russische oder chinesische Krankheit, Malta-fieber oder Blitzkatarrh nannte — es war immer wieder die gleiche infektiöse Grippe.

Die ältesten beglaubigten Nachrichten von einer Influenza-Epidemie gehen bis in das Jahr 1387 zurück; genauere Aufzeichnungen über Verbreitung und Symptome einer Epidemie hat man auch aus dem Jahre 1510. Diese brach zuerst auf der Insel Malta aus und führte daher den Namen Maltafieber, unter dem die Influenza bis heute in den Mittelmeerländern bekannt ist, obwohl die gleiche Bezeichnung anscheinend auch noch für andere, ansteckende Krankheit mit ähnlichen Erscheinungen üblich ist. Im Jahre 1557 breitete sich eine Grippe von Asien nach Europa, im Jahre 1580 wiederum eine Epidemie von Asien über Europa bis nach Afrika aus. Eine der bedeutendsten Influenza-Epidemien war die vom Jahre 1732, die, genau so wie die früheren, in der Richtung von Osten nach Westen die Alte Welt durchwanderte. Damals wurde mehr als die Hälfte der Bevölkerung von der Grippe heimgesucht. Das 19. Jahrhundert begann mit einer weniger schweren und allgemeinen Epidemie, deren Eigenart darin bestand, daß sie sich in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren, von 1800 bis 1803, wiederholte. Die nächsten Grippe-Epidemien fielen in die Jahre 1830 bis 1837, von denen das Jahr 1835 am stärksten heimgesucht war. Weit verbreitet war wieder die Influenza in den Jahren 1857 und 1858; nicht so allgemein war die Epidemie von 1874 und 1875, von der in Deutschland fast nur der Süden heimgesucht wurde.

Infolgedessen war die Grippe als Massen-Epidemie bei uns schon fast in Vergessenheit geraten, als im Winter 1889-90 eine der gewaltigsten Influenza-Epidemien aller Zeiten hereinbrach. Die ersten Meldungen von dem Ausbruch der Krankheit kamen im November 1889 aus Sibirien, wo fast die ganze Stadt Tomsk plötzlich erkrankte. Nach vierzehn Tagen hatte sich die Krankheit über das ganze europäische Rußland ausgebreitet, von wo sie über Galizien nach Oesterreich-Ungarn gelangte. Fast gleichzeitig trat sie in Skandinavien auf. Um dieselbe Zeit brach die Grippe blitzartig in Paris aus, wo zuerst in dem großen Louvre-Kaufhaus auf einen Schlag Hunderte von Angestellten erkrankten. Kurz darauf, noch im Dezember 1889, war, auf dem Wege über Dänemark, auch Deutschland bereits von der Seuche ergriffen, die hier, wie überall, vorwiegend die Großstädte heimsuchte. In Berlin wie in vielen anderen Städten gab es kaum eine Familie, in der nicht eine oder mehrere Erkrankungen vorkamen, und erst gegen Ende des Winters ebbte die Epidemie in Deutschland ab. Vierzehn Tage nach dem ersten Auftreten in Paris war die Influenza bereits in Neuyork, um sich von dort aus rasch weitwärts über die ganzen Vereinigten Staaten und Kanada fortzupflanzen. Etwas später trat sie auch in England und Spanien auf, wo sie ihre größte Verbreitung erst zu Beginn des Frühjahrs fand. Diese Pandemie ließ kaum ein Gebiet der nördlichen Halbkugel unberührt; sie zeigte ebenso wie die ganz großen Epidemien früherer Zeiten als Charakteristikum ihrer Ausbreitung die Wanderung von Osten nach Westen rings um den Erdball. Ueberschritt die Seuche doch den Stillen Ozean und trat alsbald auch in China auf. Im nächsten Winter brach die Epidemie von neuem aus, war aber nicht mehr so allgemein verbreitet wie im Jahr zuvor; doch auch im Winter 1891-92 trat die Influenza wieder auf, und erst um 1894 klang sie, zuletzt in der Schweiz, völlig ab. Die bereits im Winter 1889-90 eifrig einsetzende Forschertätigkeit blieb insofern zunächst erfolglos, als es nicht gelang, den angesichts des infektiösen Charakters der Seuche zweifellos vorhandenen Erreger zu entdecken. Erst zwei Jahre später, während der Berliner Epidemie von 1891-92, fanden R. Pfeiffer und P. Canon den Influenza-Bazillus, äußerst winzige Stäbchen, die im Auswurf und im Blut der Influenza-Kranken vorkommen, unbeweglich und sehr schwer zu färben sind. Der Influenza-Bazillus ist oft kettenartig angeschiedet; der japanische Bakteriologe Prof. Kitasato stellte fest, daß der Bazillus im Brutschrank auf Glyzerinagar Kulturen bildet, wobei sich kleine, tropfenähnliche Kolonien ansammeln, die in den ersten vierundzwanzig Stunden nur mit der Lupe erkennbar sind. Außerhalb des Organismus geht der Bazillus rasch zugrunde, sobald der Auswurf eintrocknet. Bei größerer Wärme stirbt er ebenfalls rasch ab, bei 60 Grad Celsius binnen fünf Minuten. Schon daraus geht hervor, daß bei größerer Sommerhitze und Sonnenschein die Infektionsgefahr abnehmen muß, wie ja auch tatsächlich die Influenza vorwiegend eine Winterkrankheit ist. Da sich der Erreger stets im Auswurf der Kranken, und zwar am zahlreichsten auf der Höhe der Krankheit findet, und da durch Ueberpflanzung auf Affen Influenza auch bei diesen hervorgerufen wird, so besteht kein Zweifel daran, daß dieses Bakterium den spezifischen Krankheitserreger darstellt.

Die Behandlung der Grippe ist sehr einfach: Bettruhe und vorsichtige Diät haben sich als das einzige und beste Bekämpfungsmittel erwiesen. Die bei der großen Epidemie von 1889 und 1890 vielfach angewandten Fiebermittel bekämpfen nur die Symptome und haben sich gegenüber dem Erreger als unwirksam erwiesen. Der gesunde Organismus hilft sich selbst, und wenn keine Komplikationen eintreten, so erfolgt nach drei bis acht, höchstens vierzehn Tagen vollständige Genesung. Gegen den Hinzutritt schwerer Folgeerkrankungen, vor allem der Lungenentzündung, bildet sofortige Bettruhe den besten Schutz. Erkältungen erhöhen die Gefahr der Ansteckung; es scheint aber Individuen zu geben, die gegen die Influenza immun sind, wenngleich sich dieser Nachweis schwer erbringen läßt.

Wodurch entstehen nun die großen Pandemien? Bei der Art des blitzartigen Auftretens der Influenza liegt der Gedanke nahe, daß sich die Krankheitskeime auf dem Wege durch die Luft verbreiten; Kurbringer sagt: „Ihre Keime müssen zur Zeit der großen Epidemien in ungeheurer Menge die Luft über Ländern und Meeren, wie aus gigantischer Pandorabüchse ausgestreut, erfüllen." Alle Absperrungsmaßregeln haben sich denn auch stets als unwirksam erwiesen. J. Ruhemann glaubte den Mangel an Sonnenschein mit dem Auftreten der Influenza in Verbindung bringen zu können; C. M. Richter ist jedoch der Nachweis gelungen, daß hoher Luftdruck das Auftreten der Epidemien begünstigt. Lagert längere Zeit ein barometrisches Maximum über einem bestimmten Gebiet, so findet dort auch ebenso lange ein Abströmen der Luft aus der Höhe nach dem Erdboden statt, und da die Atmosphäre in den höheren Schichten nach den Untersuchungen des Thierrits einen wesentlich größeren Ozongehalt aufweist, als nahe am Erdboden, da ferner Hill und Flack nachgewiesen haben, daß schon die minimalste Zunahme des Ozons in der Luft die Atmungsorgane reizt, so scheint die bei anhaltend hohem Luftdruck erfolgende Zunahme des Ozongehalts die Vorbedingung für den Ausbruch einer Influenza-Epidemie zu bilden. Es kommt hinzu, daß der dauernd absteigende Luftstrom die Atmosphäre nahe dem Erdboden wahrscheinlich mit Krankheitserregern anreichert, namentlich bei fehlendem Sonnenschein, während umgekehrt der bei niedrigem Luftdruck aufsteigende Strom die Bakterien hinwegführt. Richter hat sogar einen Zusammenhang zwischen Sonnenfleckenminimum und Influenza-Epidemien nachgewiesen, da zur Zeit des Fleckenminimums der Luftdruck oft besonders hoch ist. Aus alledem geht hervor, daß diese Epidemien stets innerhalb der großen Hochdruckgebiete ausbrechen müssen, was denn auch mit den tatsächlichen Verhältnissen völlig übereinstimmt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180710-14/fragment/page=0005

Kinderwagen oder einen Stuhl erwerben wollt, überall wird ein Preis gefordert, daß auch die Augen zu tränen anfangen müßten. Ganz gleich, ob der Verkäufer nun zu wohlhabenderen oder ärmeren Schichten gehört — immer wird das Siedlein gefunden — werden die geforderten horrenden Preise gezahlt.

Einen Tanz ums goldene Kalb im kleinen! Es wäre wirklich einmal an der Zeit, diesem moralvergiftenden Treiben ein Ende zu machen und dafür zu sorgen, daß gebrauchte Gegenstände nicht zum Konjunkturwert, sondern zum wirklichen Wert verkauft werden müssen. Unsre Behörden haben mit schuld an diesem Uebel, weil sie nicht rechtzeitig steuerten. Weil sie erst den Althandel gewähren ließen, weil sie dann den Handel mit gebrauchten Möbeln zu Wucherpreisen zuließen, kurzum, weil sie nicht daran dachten, daß die Knappheit an Waren sich auf allen Gebieten eingestellt hat und Dinge, die früher der Brockensammlung um Gotteslohn geschenkt wurden, heute Konjunkturwert haben. Noch ist es Zeit — es gilt nur, den Handel von Hand zu Hand für alle Gegenstände zu unterdrücken. Und dann eine Verkaufsregelung ohne Bureaukratismus, aber zu angemessenen, dem Volke erschwinglichen Preisen. Denn — neue Gegenstände sind noch teurer und oft nicht erhältlich. Der Geschädigte ist immer ein Unbemittelter!

## „Ratschläge".

Der Reichs-Gemüse- und Obstmarkt, das Amtsblatt der Reichsstelle für Gemüse und Obst, macht eine Reihe Vorschläge über die Zubereitung von Speisen in dieser Zeit. Da wird Mischgemüse mit Zugabe von Kartoffeln und Klößen (aus Mehl) empfohlen. Dem Spinat soll man ein Ei, rohen Grieß, eine Tasse Milch und einen Teller voll gekochter geriebener Kartoffeln beigeben, damit er puddingartig genossen werden kann. Ein Kohlrabigericht soll mit Kartoffeln eingedickt werden. Eine feine Schicht gerösteter Brot, das man gestoßen hat, soll dem Auflauf von Kohlrabi und Kartoffeln eine wohlschmeckende Kruste geben, wenn sie vor dem Backen über das Gemüse gegeben wird. Weiter wird dargelegt, wie Suppe von Kirschen und Speisen von Erdbeeren oder Kirschen und Roggenmehlklöße zu Rhabarber oder Stachelbeerkompott hergestellt werden.

In einer Zeit, in der es in zahlreichen Orten wenig oder gar keine Kartoffeln, fast überall die verkürzte Brot- und Mehlration und wohl nirgends Kirschen, mindestens nicht zum festgesetzten Höchstpreise gibt, sind natürlich solch amtliche Fingerzeige zur Ausgestaltung des Küchenzettels besonders wertvoll. Sehen doch die Verbraucher, wie sehr die Reichsstelle für Gemüse und Obst bemüht ist, sich ihrer anzunehmen, und wie sie — auf dem Papier — nichts versäumt, um ihre Lage erträglich zu gestalten.

---

* **Vier fleischlose Wochen!** Die fleischlosen Wochen, die erst dann eingelegt werden sollen, wenn die Brotversorgung wieder auf die frühere Höhe gebracht worden ist, werden nach einer Meldung aus Dresden für das ganze Reich gleichzeitig festgesetzt, nämlich vom 19. bis 25. August, vom 19. bis 25. September, vom 30. September bis 6. Oktober und vom 21. bis 27. Oktober. Die Festsetzung der Grundration soll ebenfalls einheitlich für das ganze Reich sein und 50 Gramm für den Tag betragen. Für den Ausfall des Fleisches wird die gleiche Menge Mehl geliefert.

* **Die Kartoffelversorgung** wird von jetzt an auch wieder durch die Händler erfolgen. Von Donnerstag an können nach zwei Pfund neue Kartoffeln bezogen werden. Um Unregelmäßigkeiten zu verhindern, über die vom Magistrat in der letzten Stadtverordnetensitzung geklagt wurde, sind den Händlern verschärfte Strafmaßnahmen angedroht worden. Am Donnerstag werden auch Seefische und städtische Kirschen verkauft, letztere nur in der Talamtschule.

* **Die Stadt als Erbin.** Durch Schenkung vom 21. Juli 1911 hat der Oberlütervorsteher a. D. Gottschalk der Stadt Wertpapiere zum Nennwerte von 20 000 Mk. mit der Bestimmung übereignet, daß nach seinem und seiner Schwester Wilhelmine Ableben die Zinsen zunächst so lange zu Kapital geschlagen werden, bis der Kapitalbetrag ausreicht, um die Einnahmen des Stadtsingechors aus dem Straßensingen abzulösen. Diese Schenkung ist durch Gemeindebeschluß angenommen worden. Die Genehmigung ist erteilt. Durch Testament vom 24. Juli 1911 hat dann Herr Gottschalk seine Schwester Wilhelmine als befreite Vorerbin und nach deren Tode die Stadt als Nacherbin hinsichtlich des gesamten nach vorhandenen Nachlasses an barem Gelde, Hypothekenforderungen, Pfandbriefen und Sparkassenguthaben eingesetzt mit der Bestimmung, den Betrag des Nachlasses der vorbezeichneten Stadtsingechor-Stiftung zuzuführen. Mit dem Tode des Fräulein Gottschalk ist jetzt der Fall der Nacherbfolge eingetreten. Der Nachlaß beträgt nach der Mitteilung des Testamentsvollstreckers zirka 95 068 Mk., wovon noch etwa 150 Mk. kleinere Nachlaßschulden in Abzug kommen. Ob die von der Vorerbin ausgesetzten 2000 Mk. Legate aus ihrem eigenen Vermögen stammen und als rechtsgültig anzuerkennen sind, bleibt näherer Feststellung noch vorbehalten. Nach den bisherigen Ermittlungen sind einige entferntere Verwandte des Erblassers vorhanden. Die Entschließung, ob und in welcher Höhe ihnen mit Rücksicht auf vorliegende Bedürftigkeit ein Betrag aus dem Nachlaß zu überweisen sein wird, muß gleichfalls der späteren Feststellung und dem Verfahren wegen Allerhöchster Genehmigung zur Annahme der Erbschaft vorbehalten bleiben. Die Frist zur Ablehnung der Erbschaft wäre am 15. Juli abgelaufen. Deshalb hörten die Stadtverordneten nicht erst auf die Eingabe eines Dritten, der sich für die entfernteren Verwandten verwendete, sondern faßten in ihrer Sitzung am Montag den Beschluß auf Annahme der Erbschaft.

* **Die Gründung der Kleiderversorgungs-Genossenschaft** zum Betriebe des in Halle zu errichtenden Reichskleiderlagers wurde am Dienstag hier vollzogen. Der Anteil wurde auf 1000 Mk. festgesetzt; vorläufig sind davon 250 Mk. einzuzahlen. In den Aufsichtsrat wählte man die Herren Bollmann-Köthen, Graul-Dessau, Brandt-Bernburg, Doskowitz-Merseburg, Wieck-Stettfeld, Hellinger-Zeitz, Aries-Naumburg, Hermann Weiß-Halle, Edmund Bauchwitz-Halle, Rudolf Ahmann-Halle und Friedrich Erjum-Halle. Letzterer wurde auch Vorsitzender des Aufsichtsrates. Als Vorsitzende der Genossenschaft wurden gewählt: die Herren Dunder in Firma Endepols u. Duncker, Arnold in Firma Arnold u. Troitsch und Michel in Firma Alex Michel.

* **Die letzten Vorstellungen im Stadttheater.** Heute, Mittwoch, kommt d'Alberts Oper Die toten Augen zur letzten Aufführung. Donnerstag geht das Schauspiel Mutter von Paul Lehmann in Szene. Freitag: König für einen Tag, Sonnabend: Der Zigeunerbaron. Sonntag nachmittag Fremdenvorstellung zu ermäßigten Preisen: Der Troubadour, abends 7½ Uhr: Die Rose von Stambul. Montag: Der fliegende Holländer. Dienstag, den 16. Juli, zugunsten der Unterstützungskassen des Deutschen Bühnenvereins und der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehörigen: Das Dreimäderlhaus.

* **Bund für Volkskraft.** Das Wöchtergeld für die Aecker des Bundes gegenüber dem Bergmannstrost ist mit Rücksicht auf die nicht große Zahl der Pächter auf zwei Mark festgesetzt und an Herrn Müller, Hutenstraße 17, zu zahlen. (Dem vorjährigen Wächter auch auf dem Acker zahlbar.) Erledigung bis 20. Juli erbeten.

* **Apollotheater.** Täglich abends 3/4 8 Uhr Die tolle Komteß. Heute, Mittwoch, und Donnerstag singt Lotti Voß-Fuß die Titelpartie. — Da der Andrang an den Abendkassen immer ein großer ist, wird im Interesse des Publikums der Tagesvorverkauf im Theaterbureau von 9 bis 1 und 5 bis 1/27 Uhr dringend empfohlen.

---

Rietleben. Nicht übertreiben! Von Eltern, die mit Recht darüber empört sind, wird uns mitgeteilt, daß hiesige Lehrer den Kindern auch zumuten, Kirschkerne auf der Straße zu sammeln und zu reinigen. Das führt zu weit, zumal es eine unpädagogische, vielleicht auch gesundheitsgefährdende Sache ist, aufzulesen, was andere Leute ausgespuckt haben.

**Radewell.** Spiele nicht... Eine hiesige Frau machte sich den sonderbaren „Scherz", mit einem Terzerol auf ihre Nachbarin zu zielen. Entgegen ihrer Annahme, daß die Waffe nicht geladen sei, krachte ein Schuß und die Kugel drang der Frau in die Brust, so daß sie schwerkrank ins Krankenhaus Bergmannstrost geschafft werden mußte.

**Könnern.** Größeren Feldschutz. Eine Zusammenkunft von Ackerbesitzern beschloß, zur Ueberwachung der Felder einige Soldaten beordern zu lassen. Der Arbeiter Wilhelm Ernst ist zum stellvertretenden Feldaufsichtsbeamten bestellt worden.

# Aus der Provinz.

### Bernburger Kopfwäsche.

In Bernburg wurden bekanntlich kürzlich eine Reihe von hohen Beamten, darunter auch der Oberbürgermeister Leiweber, wegen widerrechtlicher Entnahme von Fleisch zu beträchtlichen Geldstrafen verurteilt. In der Bürgerschaft, namentlich auch in den Kreisen der Arbeiter, die trotz ihrer anstrengenden Beschäftigung mit den geringen Rationen auskommen müssen, hatte man kein Verständnis dafür, daß dem bloßgestellten Stadtoberhaupt von den Stadtverordneten so ohne weiteres ein Vertrauensvotum ausgestellt worden ist. Am allerwenigsten aber verstand man es, daß auch die Sozialdemokraten diese Kundgebung zur Rehabilitierung des Oberbürgermeisters mitmachten. Man sagte sich mit Recht, das hätte ruhig den bürgerlichen Stadtverordneten überlassen werden können.

Jetzt fand nun eine Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins Bernburg statt zu dem Zwecke, die aufgeregten Gemüter zu beruhigen. Dabei stellte sich heraus, daß nicht alle sozialdemokratischen Stadtverordneten einen solchen Eifer bei der Rechtfertigung des hereingefallenen Oberbürgermeisters entwickelten, wie beispielsweise Herr Günther; daß zwei sich vielmehr der Stimme enthalten haben. Günther mußte manche Wahrheit hören in der Versammlung. Und er scheint von ihr nicht sehr befriedigt gewesen zu sein. Denn im Anhalter Volksblatt schließt der Versammlungsbericht mit folgenden gewundenen, sehr pessimistisch ausklingenden Sätzen:

„Das Ergebnis der Aussprache kann dahin zusammengefaßt werden, daß wohl bei allen Anwesenden, die sich benutzten, in vorurteilsloser und nicht nur rein gefühlsmäßiger Beurteilung dieser bedauerlichen Vorkommnisse den Rednern beider Richtungen zu folgen, die Ueberzeugung Platz gegriffen hat, daß in dieser verantwortungsvollen Entscheidungsstunde für den so scharf kritisierten Beschluß des Stadtverordneten-Kollegiums das Gesamtwohl der Stadtgemeinde oberste Richtschnur gewesen ist, wobei aber nicht verhehlt werden soll, daß auch die beiden in dieser Frage dissentierenden Stadtverordneten bei ihrer Stellungnahme das beste für die Stadtgemeinde zu erreichen bestrebt waren. Einige Versammlungsbesucher sollen sogar mit dem Bewußtsein nach Hause gegangen sein, daß nun sich doch in einer weit bequemeren Position befindet, wenn nun als Draußenstehender nach Herzenslust schimpfen und kritisieren kann, als wenn man an verantwortungsvoller Stelle recht und Entscheidungen treffen muß, deren Folgen eventuell noch nach Jahrzehnten für die Gesamtheit Vorteil oder Schaden stiften können. Leider sind die gegenwärtigen Zeitläufte nur zu wenig dazu angetan, um ein solches Bewußtsein zum Gesamtgut der Bevölkerung werden zu lassen. Hoffen wir, daß mit der heißersehnten Beendigung des Krieges alle die nur zu berechtigten Erbitterungen über die nur allzu schwer erträglichen Kriegsnöte verschwinden und damit auch eine gerechtere Würdigung der Tätigkeit der Arbeitervertreter in den öffentlichen Körperschaften wieder Einkehr hält."

Es ist aber auch schrecklich, daß die Bernburger Arbeiter so wenig Verständnis zeigen erstens für die Not eines Oberbürgermeisters, der dem mit den kleinen Rationen unzufriedenen Volke allerdings ein schlechtes Beispiel gegeben hat, und zweitens für die Verlegenheiten seiner „an verantwortungsvoller Stelle" stehenden Stützen im regierungssozialistischen Lager!

---

**Merseburg.** Lebensmittel werden für die Zeit vom 15. bis 21. Juli auf den Kopf der Bevölkerung zugeteilt: 100 Gr. Morgentrank zu 18 Pf. oder 150 Gr. Getreidekaffee zu 24 Pf. auf Bezugschein 43, 250 Gr. Marmelade zum Preise von 46 Pf. auf Bezugschein 44. Abgabe der Bezugscheine 43 und 44 bis Donnerstag. Verkauf der Ware von Donnerstag, den 18. Juli, bis einschl. Sonnabend, den 20. Juli.

— Die Wohnungsnot wird immer bedenklicher. Am 1. Juli sind wieder Massenkündigungen erfolgt, gegen die sofort Einsprüche beim hiesigen Mieteinigungsamt erfolgten. Bis Donnerstag vormittag lagen 80 neue Einsprüche vor, die sich stündlich mehrten. Die Massenkündigungen sind zum großen Teil darauf zurückzuführen, daß Gruben und andere Gesellschaften hier Häuser für ihre Angestellten gekauft und nun den bisherigen Mietern gekündigt haben. Hier erkennt erfreulicherweise das Mieteinigungsamt die Kündigung meistens nicht an.

— Beim Wirt der grünen Linde mausten Diebe Fleisch, 90 Eier und 15 Flaschen Wein.

**Eisleben.** Lebensmittelausgabe. In dieser Woche gibt es pro Person nur 200 Gramm Fleisch; ¼ Pfund Weichkäse für 44 Pf. auf Marke 47 der Lebensmittelkarte an die Inhaber der Lebensmittelausweise Nr. 1175 bis 1208, 2166 bis 2208, 3449 bis 3485, 4610 bis 4774, 5215 bis 6770 im Geschäft des Herrn Ed. Liesiek, Markt; Kaisernährmittel, ein Pfund auf Marke 6 (rot) der Zusatzkarte für Kinder im Alter bis zu zwei Jahren im Geschäft des Herrn Esseger, Markt; sterilisierte Magermilch, eine Dose für 1,25 Mark auf Marke 8 (geld) der Zusatzkarte für Kinder im Alter von vier bis sechs Jahren in folgenden Geschäften: Sang. Konsumverein, Fr. Hoffmann, Edm. Schmidt Nachf., Luise Grimm, G. Giesmann, Ferdinand Esseger, Otto Lange, Alb. Lohmann, Karl Schmidt, Fr. Schüler, Otto Hanewald, Emil Radecke, Max Georges, Edm. Penert, Otto Suck, Ed. Haberecht; Morgentrank, ein Pfund auf Marke Nr. 8 (weiß und braun) der Zusatzkarte für Kinder im Alter von sechs bis zwölf Jahren und auf Marke 9 der Zusatzkarte für Personen im Alter von über 70 Jahren in folgenden Geschäften: Herm. Maaß, Kaisers Kaffeegewächs, Nordd. Schokoladenhaus Thoms u. Carfs; Quark, ½ Pfund für 37 Pf. auf Marke 40 der Lebensmittelkarte an die Inhaber der Lebensmittelausweise Nr. 6601 bis 8050 in unserer Milchverkaufsstelle, Judenhof.

**Wallhausen.** Treibriemendiebstahl. Aus dem Maschinenraume der Fabrik sanitärer Wasserleitungsartikel von Chr. Carstens ist der Lederriemen von der Dynamomaschine gestohlen worden.

**Kelbra.** Diebstahl. Aus dem Gehöft des Schmiedemeisters Hanige wurden nachts mehrere Gänse und Hühner, sowie die elektrischen Lampen gestohlen. Die abgeschnittenen Gänseköpfe ließen sie liegen.

**Bitterfeld.** Frecher Schwindel. Bei einem Bewohner der Rosmarienstraße hatte am 1. Juli der angebliche Betriebsleiter Hermann Dömring ein möbliertes Zimmer gemietet. Am Abend ließ sich der Mieter den Hausschlüssel geben, um das Kino zu besuchen. Am andern Morgen merkte der Vermieter, daß ihm aus einem in dem abvermieteten Zimmer stehenden Kleiderspind vier Herrenanzüge und ein Wintermantel im Werte von zusammen 600 Mk. gestohlen und der Mieter heimlich verschwunden war. Der Schwindler war etwa 1,68 Meter groß und hatte dunkles Haar und dunklen Bart. Er war bekleidet mit dunkelgrauer Fuchsjoppe und Hut von gleicher Farbe sowie Militärdienstschuhen und Wickelgamaschen. Das Alter wird auf 28 bis 30 Jahre geschätzt. Der Schwindler, der sich vermutlich einen falschen Namen beigelegt hat, wollte am 21. Juni 1888 in Mühlheim geboren sein. Sachdienliches wolle man der hiesigen Polizeiverwaltung mitteilen.

— Markenverfall. Alle Abschnitte des Lebensmittelscheines bis einschließlich 13 sind mit dem 9. d. M. verfallen.

**Delitzsch.** Die Seifenkarten des Kreises Delitzsch berechtigen zur Entnahme von Seife usw. bis zum 31. Januar 1919. Die jetzt im Gebrauch befindlichen Seifenkarten behalten demnach ihre Gültigkeit.

**Eilenburg.** Unglücksfall. Zwischen Doberschütz und Eilenburg stürzte der Hilfsschaffner K. von Halle von dem in voller Fahrt befindlichen Güterzug 6870, so daß er besinnungslos liegen blieb. Der Bedauernswerte wurde erst später aufgefunden und mit dem nächsten Zuge nach Eilenburg transportiert und dem Krankenhaus zugeführt.

**Bitterfeld.** Verhaftet. Da er an den Diebstählen des verhafteten Arbeiters Knabe mit beteiligt gewesen ist, wurde der Arbeiter Kraher, Schlosserstraße 10 wohnhaft, gleichfalls festgenommen. In der Wohnung seiner Wirtin fand man zwei Fahrräder, die in Kemberg im Plakmbunn gestohlen worden sind, sowie eingewecktes Gänsefleisch, Speck, zwei Pfund Stearin, einige Anzüge, an denen noch die Auszeichnungszettel saßen, zwei Revolver und eine Autobrille. Die letzteren Sachen will K. von den Sprengstoffwerken gestohlen haben, wo er arbeitete, die Gänse auf Rittergut Rötzsch. Da die Wirtin des K. dringend im Verdacht der Hehlerei steht, wurde auch sie verhaftet.

— Ein Unglücksfall ereignete sich in der Werkstätte von Buhrdank. Eine große, mehrere Zentner schwere eiserne Tür stürzte um und verletzte Herrn B. erheblich am Arm, Kopf und Füßen, so daß er in das Paul-Gerhardt-Stift gebracht werden mußte.

**Dommitzsch.** Laubheutroknung. Der Brauereibesitzer Dirr hat seine Darre zur Trocknung von Frischlaub zur Verfügung gestellt.

**Sitzenroda.** Einbrecher statteten dem Grundstücke des Landwirts Sieste einen Besuch ab und stahlen eine Menge Lebensmittel, wie Brot, Fett, Speck, Eier, Butter. Weder von den Einbrechern hat man eine Spur, noch ist von den gestohlenen Gegenständen bisher etwas gefunden worden.

**Mühlberg.** Ein Unglücksfall ereignete sich beim Laubheusammeln der Schule. Das Kind des Braumeisters Lorenz stürzte und fiel in ein scharfes Messer, wobei die Schlagader getroffen wurde.

— Erhängt hat sich, vermutlich aus Furcht vor einer Operation, in einem Hallischen Krankenhaus der von hier gebürtige Knecht Richard Große.

# Aus der Partei.

### Parteiklärung auch in Elbing.

In Elbing stand die übergroße Zahl der Mitglieder auf seiten der Opposition und die Parteileitung zu den Scheidemännern. Da unsre Genossen glaubten, durch die Wahl eines dem wirklichen Mehrheitsverhältnis entsprechenden Vorstands den Uebertritt der gesamten Organisation bewirken zu können, zögerte sich die notwendige Klärung länger hinaus als in andern Orten. Unsre Elbinger Freunde mußten sich jedoch überzeugen, daß die Instanzen zu fest an den Aemtern kleben, als daß ihre Beseitigung unter der Herrschaft des Belagerungszustandes möglich wäre. Anfang April d. J. begann daher die Austrittsbewegung. Der sozialdemokratische Verein Elbing-Marienburg zählte damals etwa 800 Mitglieder. Von diesen sind 170 zu der Unabhängigen Sozialdemokratie übergetreten. Mit den Neuaufnahmen zählt unsre Partei im Wahlkreise bereits 320 Mitglieder. Aeußere Schwierigkeiten verhinderten bisher die Gründung einer politischen Organisation. So müssen unsre Genossen einstweilen notgedrungen von einer Betätigung ihrer Ueberzeugung Abstand nehmen und sich auf Einzelmitgliedschaft beschränken. Vertrauensmann ist der Stadtverordnete Heinrich Perschon, ein alter Genosse, der bereits unter dem Sozialistengesetz tätig war. Erwähnt werden mag spaßeshalber noch, daß zwischen der Königsberger Volkszeitung und ihrem Kopfblatt, der Danziger Volkswacht, eine wütende Balgerei im Gange ist, weil die Redaktiere Bartel und Gehl jeder den andern beschuldigen, an dem Elbinger Unheil schuld zu sein. Renegatentreuddschaft gibt eben leicht in die Brüche, wenn die Sache schief geht.

## Briefkasten der Redaktion.

R. M. in E. Machen Sie den Versuch, das Blatt durch die Post zu beziehen.

H. in L. Die Wohnung kann Ihnen wohl gekündigt werden; wenn Sie aber nicht ausziehen wollen, kann der Hauswirt nichts machen. Wenden Sie sich an die Polizei bzw. das zuständige Amtsgericht.

F. B. in Br. Es machen sich alle beide strafbar. Der Verbraucher, der über den Höchstpreis bietet, und der Erzeuger, der über den Höchstpreis annimmt.

# Amtliche Bekanntmachungen.

In dieser Woche gelangen bei den Kartoffelhändlern vom Donnerstag den 10. Juli an auf die Marke 14 der Kartoffelkarte noch 2 Pfund Frühkartoffeln zum Verkauf. Der Preis für das Pfund beträgt 15 Pfg.

Beim Kaufe der Kartoffeln ist mit der Kartoffelkarte die Ausweiskarte über Kartoffeleinkäufe vorzulegen. Die Händler haben die Marke 14 von der Kartoffelkarte abzutrennen und den Kauf in die Ausweiskarte einzutragen. An Personen, welche keine Ausweiskarte vorlegen, dürfen Kartoffeln nicht abgegeben werden. Der Abschnitt 13 der Kartoffelkarte hat am 10. d. M. seine Gültigkeit verloren und darf zu späterem Kauf nicht benutzt werden. In den Talamtschule werden Kartoffeln auf den Abschnitt 14 nicht verkauft.

Die Kartoffelhändler haben die von den Karten abgetrennten Marken 14 zu sammeln und gebündelt bis Dienstag den 16. Juli dem Stadternährungsamt vorzulegen.

Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder einer dieser Strafen geahndet; Kartoffelhändlern, die sich Unregelmäßigkeiten zuschulden kommen lassen, wird außerdem die Befugnis zum Kartoffelhandel für die Dauer des Krieges entzogen werden.

Halle, den 10. Juli 1918. **Der Magistrat.**

### Verkauf von Mager- oder Buttermilch.

Am Donnerstag, den 11. Juli cr., von nachmittags 2 Uhr ab erfolgt der Verkauf von Mager- oder Buttermilch auf den Abschnitt des Einkaufsscheines über Molkereierzeugnisse an folgenden Stellen: Molkereibesitzer John, Gr. Gosenstraße 17, Milchhändlerin Rinke Goethestraße 13, Milchhändlerin Pötschke, Brandenburgerstraße 10 Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der neuen Lebensmittelscheine mit den Nummern 52 001 — 53 000, 59 001 — 62 000.

Eine spätere Belieferung der aufgerufenen Nummern findet von jetzt ab nicht mehr statt. Die zum Einkauf nicht benutzten Abschnitte des Einkaufsscheines über Molkereierzeugnisse haben ihre Gültigkeit verloren.

Für jedes Kind vom vollendeten 6. bis 12. Lebensjahre wird ½ Liter Mager- oder Buttermilch auf den Abschnitt 9 des Einkaufsscheines über Molkereierzeugnisse zum Preise von 12 Pfennigen abgegeben.

Der neue Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Halle, 10. Juli 1918. **Der Magistrat.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180710-14/fragment/page=0006